

scantoweb Demoportel

Inhouse-Digitalisierung

**Waehrungs- und Wahlkampf in den Vereinigten Staaten
von Amerika**

Brandt, Max

Stuttgart, 1896

urn:nbn:de:s2w-942

Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung.

Währungs-Bibliothek

I. Serie — 6. Heft.

Der

Währungs- und Wahlkampf

in den

Der. Staaten von Amerika.

Von

M. von Brandt,

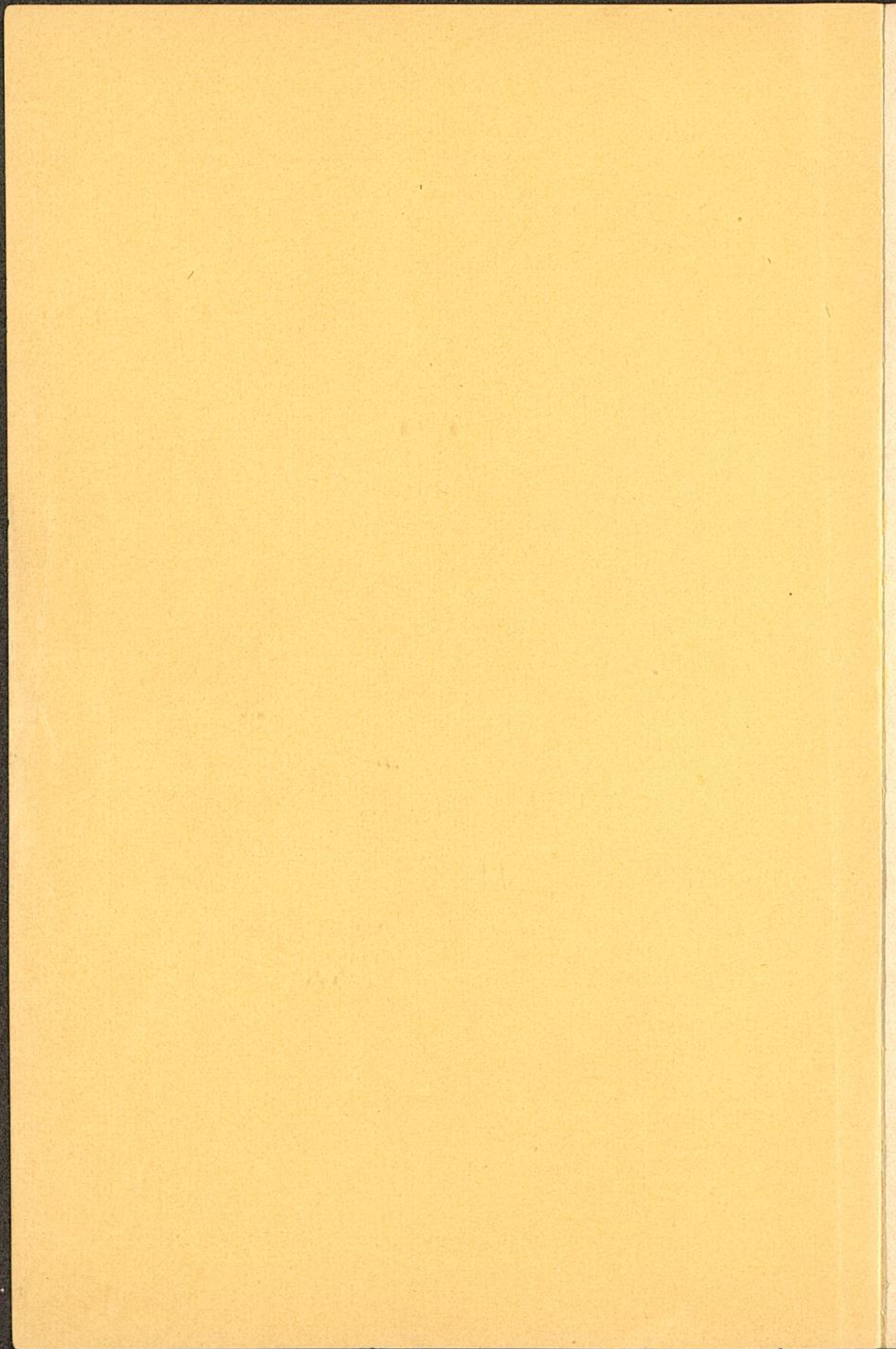
Kaiserlich deutschem Gesandten a. D., Wirkl. Geh. Rat.



Stuttgart.

Kommissions-Verlag von Adolf Bonz & Comp.

1896.



Seit vier Monaten tobt in den Vereinigten Staaten von Amerika der Kampf um die Wahl des nächsten Präsidenten, die im wesentlichen schon durch die am 3. November d. J. stattfindende Wahl der Wahlmänner entschieden werden wird. Die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten findet nämlich in der Weise statt, daß jede der politischen Parteien in jedem der 45 Staaten der Union eine Liste aufstellt, welche so viele Namen enthält, als der Staat Senatoren in den Senat und Abgeordnete in das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten entsendet; jeder Wähler kann für eine dieser Listen eine Stimme abgeben und die Liste, welche die einfache Mehrheit erhalten hat, ist die der von dem Staat erwählten Wahlmänner. Für die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten entscheidet dann die absolute Majorität der Stimmen der Wahlmänner, die staatenweise abgegeben und von dem Präsidenten des Senats in einer vereinigten Sitzung des Senats und Repräsentantenhauses verifiziert und gezählt werden. Da die Gesamtzahl der von allen Staaten zu wählenden Senatoren und Abgeordneten 447 beträgt, so ist die absolute Majorität 224. Jeder Staat entsendet zwei Senatoren und eine seiner Bevölkerungszahl entsprechende Anzahl Vertreter in den Kongreß, so daß bei der Wahl der Wahlmänner die stärker bevölkerten Staaten sehr erheblich mehr ins Gewicht fallen; so haben z. B. New-York 36, Pennsylvania 32, Ohio 23, Illinois 24 und Indiana 15 Wahlmänner zu wählen, während auf eine ganze Anzahl der südlichen und westlichen Staaten wie Colorado, Florida, Idaho, Montana, Nevada, North- und South-Dakota und Utah nur je drei oder vier Stimmen entfallen. Der Ausfall der Wahl in einigen der größeren Staaten ist daher der Regel nach für den der Wahl überhaupt entscheidend.

Bei allem Interesse, welches für gewöhnlich und ganz besonders diesmal die Wahl des Präsidenten erregt, darf indessen nicht vergessen

werden, daß die Macht des Präsidenten eine sehr beschränkte ist, daß er nur ein aufschiebendes Veto besitzt, das durch die erneuerte Entscheidung einer Zweidrittel-Majorität des Kongresses hinfällig wird und daß die gesetzgebende Macht im wesentlichen in den Händen des Senats und Repräsentantenhauses liegt. Die Mitglieder des ersteren werden durch die gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Staaten für sechs Jahre, die des letzteren durch direkte Wahlen in den einzelnen Staaten für zwei Jahre erwählt; es kann sich daher leicht ereignen, daß die Majorität eines oder beider Häuser des Kongresses einer andern Partei als der Präsident angehört, in welchem Falle die politischen oder sonstigen Ansichten des letzteren eine praktische Bedeutung nicht besitzen. Die Sache wird aber dadurch noch verwickelter, daß auch die Zusammensetzung der Kongresse der Einzelstaaten einen Einfluß auf die Zusammensetzung des Senats der Vereinigten Staaten hat, da dieselben die Senatoren ernennen und von letzteren in jedem zweiten Jahre ein Drittel ausscheidet und durch neugewählte ersetzt wird. Die Majorität im Senat kann sich daher ebenso wie die im Repräsentantenhause während der vierjährigen Amtsdauer eines Präsidenten vollständig verschieben.

Diese komplizierte Wahlmaschinerie und die fortdauernd wiederkehrenden Wahlen haben es dahin gebracht, daß die Beschäftigung mit den Wahlen sowie die Leitung und Vertretung derselben fast ausschließlich das Geschäft zünftiger Politiker geworden ist, die in den Vereinigten Staaten unter dem Namen „Boß“ am besten mit „Macher“ übersetzt, bekannt sind. Daß dadurch die Ursprünglichkeit der Entscheidung durch die Wähler sehr leidet, daß Bestechungen, wenn auch nicht immer mit Geld, so doch mit einträglichen Posten und Ämtern nach dem Erfolge („dem Sieger gehört die Beute“ heißt es), gang und gäbe sind und daß der Ausfall der Wahlen vielfach mehr das Ergebnis eines Geschäfts als der spontane Ausdruck der Ansichten der Wähler wird, ist unzweifelhaft, aber die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß dem „Boß“ ein sehr wesentlicher, wenn nicht der Hauptanteil an dem Ausgang der Wahlen zufällt, wenn auch in einzelnen Fällen Gefühls- oder Entrüstungsausbrüche die feinsten Pläne der Macher über den Haufen geworfen haben. Nach der Meinung der Verfasser der Konstitution der Vereinigten Staaten sollten die Wahlen sehr wesentlich zur Erziehung des Volkes beitragen und so die Entscheidung über die für das Wohl der Republik wichtigsten Fragen nicht in die Hände einer unwissenden Menge, sondern wohl unterrichteter Wähler gelegt werden. Wenn die Sachen sich ganz anders gestaltet haben, so liegt dies einerseits daran, daß dergleichen politische Probleme im Kopfe der Idealisten, die Konstitutionen verfassen, ganz anders aussehen, als sie sich hinterher in der Wirklichkeit zu entwickeln pflegen, andererseits aber auch an der Thatsache, daß diejenigen Kreise der Bevölkerung, denen die Erziehung der Massen hätte hauptsächlich zufallen sollen, aus Mangel an Zeit, aus Trägheit und aus dem Widerwillen vor der

näheren Berührung mit den unteren Schichten der Wählerschaft ihre Pflicht vernachlässigt und die Arbeit und damit den Erfolg Demagogen von vielfach sehr zweifelhafter politischer Ehrlichkeit überlassen haben. Schwillt schließlich die Flut der Parteiinteressen oder demagogischer Gelüste zu hoch an, so tritt wohl eine dann im wesentlichen durch das energische Eingreifen der verständigeren Kreise der Bevölkerung hervorgerufene Reaktion ein, die meistens genügt, in einer gegebenen Frage den Sieg den „Machern“ zu entreißen, die aber selten nachhaltig genug ist, um eine dauernde Besserung der Zustände herbeizuführen.

Aus dem Vorhergehenden geht hervor, welche große Rolle die Parteiorganisation bei allen Wahlen in den Vereinigten Staaten spielt; für die Leiter der Parteien ist es daher sehr wesentlich, das Schlagwort zu finden, das bei dem entscheidenden Kampfe die Massen in Bewegung setzt und zusammenhält und um der Zustimmung und Unterstützung der Partei sicher zu sein, findet die Aufstellung der Parteiprogramme wie der Kandidaten der Partei in größeren häufig 10—15 000 und oft mehr Personen zählenden Versammlungen statt, zu denen alle Staaten und Territorien Delegationen entsenden, die aus lokalen Wahlen der Partei hervorgegangen sind. Musikbanden, wehende Banner und packende Schlagwörter spielen bei solchen Versammlungen eine große Rolle und die Szenen in denselben erinnern, besonders wenn ein Teil den Versuch macht, durch eine Demonstration den andern mit sich fortzureißen, oft mehr an ein Pandämonium als einen politischen Kongreß.

Unter den Fragen, die in den Vereinigten Staaten oft und wiederholt in den Vordergrund getreten sind, ist die der Währung eine der bedeutendsten. Wie überall, so haben auch dort die gesetzgebenden Versammlungen versucht, die Rolle der Vorsehung zu spielen und mit allerhand Mitteln an den ewigen Gesetzen des Angebots und der Nachfrage herumzukurieren und wie überall und zu allen Zeiten haben diese Gesetze sich stärker erwiesen, als die Ärzte, die freilich, wenn sie die Krankheit auch nicht heben konnten, wenigstens dem Kranken weidlich zugefegt haben.

Der erste Versuch einer Regelung der Währungsfrage für die Vereinigten Staaten wurde von dem Kongreß in 1792 gemacht, als derselbe bestimmte, daß die „Goldadler“, so hieß die Münze, 247¹/₂ Grän reines Gold und 22¹/₂ Grän Legierung, der Silberdollar 371¹/₄ Grän reines Silber und 44³/₄ Grän Legierung enthalten solle. Das Verhältnis von Silber zu Gold werde dabei wie 15 : 1 angenommen, wie es damals das im allgemeinen Verkehr gültige war. Adler (\$ 20), halbe und viertel Adler und Silberdollars wurden geprägt, aber das Gold ging bald nach Europa, das Silber nach Cuba; das letztere geschah, weil der Kongreß spanische Dollars als gleichwertig mit amerikanischen zum Verkehr in den Vereinigten Staaten zugelassen hatte und die amerikanischen infolge dessen auch in Cuba als gleichwertiges Zahlungsmittel angenommen wurden. Nun waren aber die

älteren spanischen Dollars, an welche der Kongreß bei seiner Gesetzgebung gedacht hatte, etwas leichter als die amerikanischen, während die neueren etwa 1% schwerer als dieselben waren. Das naturgemäße Ergebnis war, daß die amerikanischen Dollars verschwanden und in Amerika bald nur noch die leichteren spanischen Dollars und andere leichte fremde Silbermünzen im Umlauf blieben, so daß Präsident Jefferson in 1805 die Münze für die Ausprägung von Dollars schließen ließ. Die amerikanischen Goldmünzen blieben während einiger Zeit im Umlauf; als aber in 1810 das Verhältnis von Silber zu Gold im Handelsverkehr sich änderte und von 15 : 1 auf 15¹/₂ : 1 fiel, gingen die amerikanischen Goldmünzen entweder zum Einschmelzen nach Europa oder wurden sonst aus dem Umlauf zurückgezogen. Allmählich gerieten infolge dieser Erscheinungen die Währungsverhältnisse in Amerika in solche Unordnung, daß in 1834 der Kongreß den Gehalt des Goldadlers auf 232 Grän Gold und 26 Grän Legierung und in 1837 das Gewicht der Silberdollars auf 412¹/₂ Grän herabsetzte, was einem Verhältnis des Silbers zum Golde von ungefähr 16 : 1 entsprach. Diese Maßregel hatte, wie es nicht anders der Fall sein konnte, den umgekehrten Erfolg wie die frühere; Silber war jetzt in den Vereinigten Staaten weniger und Gold für Münzzwecke mehr wert als in Europa, darum verschwand der Silberdollar aus dem Umlauf, während die Goldmünzen wieder erschienen. Die Vereinigten Staaten erhielten damit thatsächlich die Goldwährung in solchem Umfange, daß in 1861 der Direktor der Münze der Vereinigten Staaten den Vorschlag machte, die Ausprägung von Silberdollars ganz einzustellen oder dieselben nur noch als Scheidemünze zu prägen. Der Ausbruch des Krieges mit den Südstaaten und die infolge davon stattgehabte Unterbrechung der Barzahlungen und Ausgabe von Papiergeld erlaubten nicht, diesem Vorschlage Folge zu geben, der indessen nach Beendigung des Krieges in 1866 wiederholt wurde. In 1870 wurde ein neues Währungsgesetz vorbereitet, in dem der Silberdollar überhaupt keine Erwähnung mehr fand; dasselbe wurde im Senat angenommen, kam aber wegen Schlußes der Session nicht mehr zur Beratung im Repräsentantenhause. In der neuen Session wurde es im Mai 1872 vom Repräsentantenhause mit 110 gegen 12 Stimmen und im Januar 1873 vom Senat einstimmig angenommen. Durch dasselbe wurde die Goldwährung zum Gesetz erhoben und bestimmt, daß alles Papiergeld in Gold einlösbar sein solle. Dem Beschluß des Kongresses waren heftige politische Kämpfe im Lande vorangegangen da eine starke Partei an der durch den Bürgerkrieg notwendig gewordenen Papiergeldwährung festhalten und die Goldwährung nicht eingeführt sehen, vielmehr die Wiederherstellung gesunder national-ökonomischer Verhältnisse durch die Vermehrung des Papiergeldes herbeigeführt sehen wollte. Der Kongreß entschied in diesem Falle den Wünschen und dem Willen der Mehrheit des Volkes entsprechend, wie denn z. B. in Kalifornien das Papiergeld der Vereinigten Staaten, die nach der Farbe ihrer Rückseite sogenannten „Green-

backs“ grüne Rücken, niemals im Umlauf gewesen waren. In diesen tatsächlichen Verhältnissen durchaus entsprechenden Zustände brachte das Fallen des Silberwertes auf dem Weltmarkt und die daran geknüpften Versuche der Silberbergwerksbesitzer in den Vereinigten Staaten, durch künstliche Mittel den Preis des Silbers wieder in die Höhe zu treiben, neue Störung und Verwirrung. In 1878 gelang es ihnen, im Kongreß die Annahme eines mit dem Namen des Antragstellers als Bland Bill bezeichneten Gesetzes durchzubringen, durch welches die Regierung zum Ankauf und zur Ausprägung von Silber im Betrage von 2—4 Millionen Dollars monatlich verpflichtet wurde. Das Gesetz blieb bis zum Jahre 1890 in Kraft, während welcher Zeit die Regierung 9 Millionen Kilogramm Silber kaufte und 310 Millionen Dollars prägte, ohne daß der Marktpreis des Silbers dauernd stieg; derselbe sank vielmehr von 52 $\frac{1}{2}$ Pence auf 42 $\frac{1}{2}$ Pence. Die Silbermänner und mit ihnen der Kongreß kamen nun auf die Idee, daß die durch die Bland Bill angeordneten Ankäufe von Silber nicht groß genug seien, um eine dauernde Preissteigerung des Silbers herbeizuführen. Die Bland Bill wurde also aufgehoben und im August 1890 durch ein neues, ebenfalls durch den Namen seines Urhebers gekennzeichnetes Gesetz, die Sherman Bill, ersetzt, welches den monatlichen Ankauf von 4 $\frac{1}{2}$ Millionen Unzen durch die Regierung und die Ausgabe von Schatzamtnoten, sogenannten Silberbescheinigungen dafür anordnete. Aber auch dieses Mittel half nur anfangs; der Silberpreis stieg allerdings auf 54 $\frac{1}{2}$ Pence, aber nur um dann langsam und stetig auf 38—39 Pence herabzugehen, obgleich bis zum Jahre 1893 über 5 $\frac{1}{4}$ Millionen Kilogramm Silber angekauft und dafür ungefähr 156 Millionen Dollars an Schatzamtnoten ausgegeben wurden. Inzwischen schritt die Demonetisation des Silbers in der Welt weiter vor und als im Frühjahr 1893 die englische Regierung die Münzstätten in Indien für die freie Ausprägung von Silber schloß, bemächtigte sich der Finanz- und kaufmännischen Kreise in den Vereinigten Staaten die Besorgnis, daß bei einer Fortsetzung der ungeheuren Silberankäufe die Regierung nicht imstande sein werde, dem Silberdollar den gleichen Wert wie dem Golddollar zu wahren und damit die Goldwährung zu erhalten. Infolge dieser Befürchtung verschwand das Goldgeld aus der Zirkulation und die europäischen Kapitalisten begannen ihr Geld aus den amerikanischen Werten zurückzuziehen, in denen sie es angelegt gehabt hatten. Die furchtbare Krisis, die so auf dem amerikanischen Markte auszubrechen drohte, wurde indessen dadurch vermieden, daß der zu einer außerordentlichen Session zusammenberufene Kongreß in 1893 die Sherman Bill aufhob.

Faßt man das Ergebnis dieser Versuche, den Silberpreis künstlich in die Höhe zu treiben, zusammen, so findet man, daß trotz der Silberankäufe durch die amerikanische Regierung, die $\frac{1}{3}$ — $\frac{1}{2}$ der gesamten Silberproduktion der Welt betragen, der Preis des Silbers um ca. 13—14 Pence gefallen ist, während der mit dem Aufhören dieser

Ankäufe erwartete vollständige Sturz des Silberpreises nicht eintrat, sondern derselbe nur allmählich auf 31—32 Pence herunterging und sich mit einzelnen Schwankungen nach oben ziemlich fest auf diesem Standpunkt erhalten hat. Wenn so die Ergebnisse der Bland und Sherman Bills den Erwartungen und Voraussagungen der Silbermänner nicht entsprochen haben, so ist das finanzielle Resultat der Silberankäufe für das Schatzamt der Vereinigten Staaten ein noch unbefriedigenderes gewesen; es lagern dort ungefähr 360 Millionen Dollars, die der Verkehr nicht hat aufnehmen wollen oder können und für ca. 125 Millionen Dollars Silberbarren als Unterlage für ausgegebene Schatzamtnoten. Die für die Ankäufe von Silber verausgabten ca. 464 Millionen Silberdollars ergeben gegen den jetzigen Wert des Silbers einen Verlust von ungefähr 160 Millionen Dollars.

Man hätte glauben sollen, daß diese Erfahrungen nicht nur die amerikanischen Staatsmänner, sondern auch die politischen Parteien von weiteren Experimenten in der Währungsfrage zurückhalten sollten, aber man hatte dabei nicht mit den Interessen und dem Einfluß der Bergwerksbesitzer und noch weniger mit den Wünschen aller derjenigen gerechnet, die von einer Erschütterung oder Zerstörung des bestehenden Währungssystems persönliche oder politische Vorteile erwarten. Was die Macht der Bergwerksbesitzer, Individuen wie Gesellschaften, anbelangt, so repräsentieren einige fünfzig derselben Kapitalien in Höhe von zwei Milliarden Mark und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie einen sehr beträchtlichen Einfluß auf das Zustandekommen der Kundgebung ausgeübt haben, welche als der Beginn des für die Präsidentenwahl Ausschlag gebenden Kampfes in der Währungsfrage angesehen werden muß. Im Januar d. J. veröffentlichte eine Anzahl von meistens dem Senat der Vereinigten Staaten angehörigen Silbermännern eine öffentliche Erklärung, in der als Mittel gegen die herrschende Geschäftsförderung und die Not der „Farmer“, wenn man will „bäuerlichen Grundbesitzer“ die Wiedereinführung der freien Ausprägung von Silber auf Grundlage des Verhältnisses von 16 : 1 von Silber zu Gold gefordert wurde. Wenn man den Aussagen der Verfasser dieser Erklärung Glauben schenken darf, so hätte dieselbe in kurzer Zeit zwei Millionen Zustimmungen gefunden. Das erste Ergebnis eines derartigen Gesetzes würde sein, daß jeder, der auf dem Markte Silber im Gewicht eines Dollars für 59 Cents nach dem jetzigen Marktpreise des Silbers gekauft hat, dasselbe gegen einen ausgeprägten Dollar zum Nennwert von 100 Cents eintauschen könnte; von dieser ins Unendliche zu wiederholenden Manipulation versprechen sich die Erfinder derselben eine Preissteigerung des Silbers um 100% d. h. von dem heutigen Verhältnis von 32 : 1 vom Silber zum Golde zu einem von 16 : 1, was ja unzweifelhaft für die Silberbergwerksbesitzer einen recht annehmbaren Gewinn lassen würde, so lange es der Regierung gelänge, den Silberdollar auf dem bisherigen Nennwert, d. h. 100 Cents zu erhalten. Dieses Vorgehen der Silbermänner machte es für die republi-

kanische Partei, die zuerst von allen politischen Parteien ihre Generalversammlung Ende Juni d. J. in St. Louis abhielt, notwendig, Stellung zur Währungsfrage zu nehmen und sie that dies, indem sie in ihr Programm die Erklärung aufnahm, daß die Goldwährung aufrecht erhalten werden müsse, bis ein internationales Uebereinkommen in betreff der Einführung der Doppelwährung getroffen worden sei. Diese den allgemeinen Währungsverhältnissen wie den bisherigen gesetzlichen Zuständen in den Vereinigten Staaten durchaus entsprechende Erklärung veranlaßte den ostentativen Austritt der republikanischen Silbermänner aus der Versammlung wie aus der Partei, die sich nunmehr unter dem Namen „Silverites“ „Silberleute“, als eine besondere Partei konstituierten.

Die Generalversammlung der demokratischen Partei fand Anfang Juli d. J. in Chicago statt und endete, im Widerspruch mit dem früher seitens der Partei vertretenen Prinzip der Festhaltung an der Goldwährung mit der Aufnahme der Forderung der freien Ausprägung von Silber im Verhältnis von 16 : 1 in das Parteiprogramm.

Die auf diese Forderung bezügliche Stelle im Programm lautet: „Indem wir anerkennen, daß die Währungsfrage augenblicklich an Wichtigkeit alle andern übertrifft, weisen wir auf die Thatsache hin, daß die Verfassung der Vereinigten Staaten Silber und Gold gleichzeitig als die als Münzen zu verwendenden Metalle nennt und daß das erste vom Kongreß angenommene Münzgesetz den silbernen Dollar zur einheitlichen Münze machte und Gold zur freien Ausprägung in einem Verhältnis zuließ, das auf den Silberdollar als Einheit begründet war.“

„Wir erklären, daß die ohne Wissen oder Zustimmung des amerikanischen Volks durch das Gesetz von 1873 erfolgte Demonetisation des Silbers die Wertsteigerung des Goldes und einen entsprechenden Fall in dem Preis aller von dem Volke hervorgebrachten Waren zur Folge gehabt hat; sowie eine starke Erhöhung der Abgabenlast und aller Schulden, öffentlicher wie privater; und die Bereicherung der geldausleihenden Klasse zu Hause und im Auslande; endlich den Niedergang der Industrie und die Verarmung des Volkes.“

„Wir sind unabänderlich gegen Monometallismus, der den Wohlstand eines fleißigen Volkes in der Lähmung harter Zeiten festgelegt hat (sic!). Goldmonometallismus ist englische Politik und hat andere Länder in politische Abhängigkeit von London gebracht. Er ist daher nicht allein unamerikanisch, sondern antiamerikanisch und kann den Vereinigten Staaten nur durch die Unterdrückung des Geistes und der Liebe zur Freiheit aufgezwungen werden, die zur Erklärung unserer Unabhängigkeit in 1776 führte und im Revolutionskriege den Sieg errang.“

„Wir verlangen die freie und unbeschränkte Ausprägung von Gold und Silber zu dem augenblicklichen gesetzlichen Verhältnis von 16 : 1, ohne auf die Unterstützung oder Zustimmung irgend einer anderen Macht zu warten. Wir verlangen, daß der Silberdollar ein vollgültiges, gesetzliches Zahlungsmittel, ebenso wie Gold, für alle

Schulden, öffentliche wie private sei und wir sind für eine Gesetzgebung, die in Zukunft der Entwertung irgend eines legalen Zahlungsmittels durch Privatabkommen vorzubeugen geeignet ist."

"Wir sind gegen die Politik und die Praxis, den Besitzern der Obligationen der Vereinigten Staaten die gesetzlich der Regierung der Vereinigten Staaten zustehende Wahl zu überlassen, in Silbermünze oder Goldmünze bezahlt zu werden."

"Wir sind gegen die Ausgabe von zinsentragenden Schuldscheinen der Vereinigten Staaten in Friedenszeiten und verurteilen die Geschäfte mit Bankhyndikaten, die gegen solche Schuldscheine und mit einem ungeheuren Gewinn für sich selbst die Bundesregierung mit Gold versorgen, um den Goldmonometallismus aufrecht zu erhalten."

"Der Kongreß allein hat das Recht, Geld zu schlagen und auszugeben und Präsident Jackson (1829—1837) hat erklärt, daß dieses Recht weder Korporationen noch Individuen übertragen werden könne. Wir verlangen daher, daß das Recht, Noten auszugeben, die als Geld umlaufen, den Nationalbanken genommen und alles Papiergeld direkt vom Schatzamt ausgegeben werde, in Münze einlösbar und Zahlungsmittel für alle Schulden, öffentliche und private sei."

Bei der Feststellung dieses Teils des Programms der demokratischen Partei kam es im Schoße des mit derselben beauftragten Komites zu sehr heftigen Kämpfen. Die Minorität, 15 gegen 33, beantragte, daß zwei Zusatzbestimmungen aufgenommen würden, nämlich, gesetzlich festzustellen, daß keine Aenderung in dem Währungssystem auf bestehende Kontrakte Anwendung finden dürfe, sowie daß, falls die freie Ausprägung von Silber nicht innerhalb eines Jahres den erwarteten Erfolg gehabt haben würde, das Verhältnis zwischen Silber und Gold zu 16 : 1 herzustellen und zu erhalten, dieselbe wieder eingestellt werden solle, aber dieser Antrag wurde in dem Komite mit 33 gegen 15, in der Versammlung selbst mit 628 gegen 301 Stimmen abgelehnt. Bei der Diskussion über den Minoritätsantrag war William J. Bryan aus Nebraska der hauptsächlichste Redner; zur Sache gehörige Argumente brachte er keine vor, desto heftiger war er in seinen Denuncationen gegen diejenigen, die bei der Währungsfrage ein Einverständnis mit anderen Mächten zu erzielen wünschten, wie gegen alle Freunde der Goldwährung überhaupt. „Der Mann“, sagte er, „der wagen würde, zu erklären, daß er dafür sei, diesem Volke eine Goldwährung aufzuzwingen, oder der bereit sei, das Selbstbestimmungsrecht aufzugeben und die gesetzgeberische Kontrolle fremden Potentaten und Mächten zu überantworten, der Mann kann nie hoffen, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt zu werden. Wir sind sicher, zu siegen. Warum? Weil es keinen Punkt giebt, auf dem die Anhänger der Goldwährung uns entgentreten können. Ihr sagt uns, daß die großen Städte für Gold seien. Verbrennt eure Städte und laßt uns unsere Farmen und eure Städte werden neu erstehen, aber zerstört unsere Farmen und das Gras wird in jeder Stadt der Union wachsen."

„Meine Freunde, wir werden erklären, daß diese Nation fähig ist, in jeder Frage Gesetze für ihr Volk zu machen, ohne auf die Zustimmung irgend einer andern Macht der Welt warten zu müssen und damit werden wir in jedem Staate siegen. Es ist dieselbe Frage, vor der wir uns in 1776 befanden. Unsere Vorfahren, die nur drei Millionen waren, erklärten sich von allen Nationen unabhängig. Sollen wir, die wir 70 Millionen zählen, weniger Mut haben? Wenn es heißt, daß wir Doppelwährung nicht haben können, falls uns nicht eine andere Macht unterstütze, so antworten wir, daß wir die Doppelwährung wieder herstellen werden; mag England sie annehmen, weil die Vereinigten Staaten den Weg gezeigt haben.“

„Wir werden denen, die die Goldwährung haben wollen, antworten: Ihr sollt diese Dornenkrone nicht auf die Stirne der Arbeit drücken. Ihr sollt die Menschheit nicht auf ein Kreuz von Gold schlagen!“

Es war diese Rede und vor allen Dingen diese letzte Phrase, welche Bryan die Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei einbrachte. Er wurde, wenn freilich auch erst im fünften Wahlgange und nachdem die ursprünglich in Aussicht genommenen Kandidaten der Partei, Bland und Boies zurückgetreten waren, mit 500 Stimmen von 930 gewählt, aber 162 Delegierte, die Mehrheit der Vertreter der Staaten New-York, Massachusetts, Maine, New-Hampshire, Vermont, Wisconsin und New-Jersey enthielten sich der Abstimmung und trennten sich, wenn auch nicht in theatralischer Weise von ihren Parteigenossen, indem die meisten von ihnen am Abend der Abstimmung Chicago verließen und der Wahl des Vizepräsidenten nicht beiwohnten. Die letztere brachte ebenfalls eine Ueberraschung, indem an Stelle der ursprünglich stark unterstützten Kandidaturen Arthur Sewall aus Maine, ein reicher Bankier, Kapitalist und Eisenbahndirektor, also ein Mann mit Eigenschaften, die ihn eigentlich hätten ausschließen sollen, als Kandidat der demokratischen Partei für den Vizepräsidentenposten ebenfalls beim fünften Wahlgange gewählt wurde. Man brauchte eben einen reichen Mann, der imstande war, recht erheblich zu den Kosten des Wahlfeldzuges beizutragen; außerdem hoffte man, daß es Sewall möglich sein würde, seinen Heimatsstaat Maine für die demokratische Partei zu gewinnen, (eine Hoffnung, die mittlerweile in die Brüche gegangen ist, denn Maine hat bei den letzten im September d. J. abgehaltenen Staatswahlen eine republikanische Mehrheit von 60 000 gehabt). Der hauptsächlichste Gegner Sewalls war der Redakteur des „Cincinnati Enquirer“, ebenfalls ein vielfacher Millionär, der durch sein Blatt der Silbersache große Dienste geleistet hatte und der sicher auf die Ernennung zum Vizepräsidenten rechnete, besonders seitdem er als Führer der Delegation von Ohio sehr wesentlich, eigentlich entscheidend, zum Erfolge Bryans beigetragen hatte. Wenn er trotzdem nicht gewählt wurde, so geschah dies, weil man befürchtete, daß er wegen einiger in der Einkommensteuerfrage im Enquirer erschienenen Artikel den Populisten nicht genehm sei und man glaubte, diese Gefahr mit Sewall

nicht zu laufen. Aber auch in dieser Beziehung haben sich die Macher getäuscht; die Populisten, auf die man gerechnet, haben zwar Bryan ihre Stimmen gegeben, aber Thomas E. Watson aus Georgia zu ihrem Vizepräsidentenkandidaten gemacht, der von vornherein als der Kandidat der „Mitten auf dem Wege“ Leute, die von keinen Kompromissen hören wollen, Stellung gegen Bryan genommen und jetzt die Annahme en bloc des populistischen Programms durch denselben und den Rücktritt Sewalls als Bedingung der Unterstützung der Kandidatur Bryans durch den linken Flügel der Populisten fordert.

Das Programm der Silber-Demokraten enthält aber außer den auf die Währung und Finanzfrage bezüglichen Forderungen noch eine Anzahl anderer, denen in den Kreisen verständiger Beurteiler der Sachlage zum Teil eine viel größere, nachwirkendere Bedeutung, als den durch den Silberwahn hervorgerufenen zugeschrieben wird. Es sind dies namentlich die Vorstöße gegen den obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, sowie gegen das Eingreifen der Bundesregierung in die Angelegenheiten der Einzelstaaten.

Verlangt wird: ein Finanzzolltarif, dessen Höhe durch die Bedürfnisse der Regierung bestimmt werden soll, während die Partei sich gegen jeden Versuch, das Mc Kinleysche Gesetz wieder einzuführen, verwahrt, gegen das sich das Volk zweimal bei öffentlichen Wahlen ausgesprochen und das unter dem falschen Vorwande des Schutzes der heimischen Industrie nur dazu gedient habe, Ringe und Monopole zu fördern. Bis die Währungsfrage geregelt sei, empfehle sich überhaupt keine Bewegung zur Aenderung der Zollgesetzgebung mit Ausnahme derjenigen Maßregeln, die notwendig seien, um das Defizit zu decken, das durch die gegen die Einkommensteuer gefallene Entscheidung des höchsten Gerichtshofes entstanden sei. Pflicht des Kongresses sei es, alle die gesetzlichen Mittel, welche ihm nach dieser Entscheidung blieben oder die ihm nach einer Abänderung desselben durch einen anders zusammengesetzten höchsten Gerichtshof zufallen könnten, zu benutzen, um die Steuerlast gleichmäßig und unparteiisch zu verteilen, damit der Reichtum den ihm zukommenden Anteil an den Kosten der Regierung trage.

Weiter stellt das Programm folgende Forderungen auf: Schutz für amerikanische Arbeit durch Verhinderung der Einführung von fremder Armenarbeit (pauper labor) und Aenderung des Währungssystems, das Farmer und Handwerker des Ertrags ihrer Arbeit beraubt. Die Auffaugung des Reichtums durch einige wenige, die Vereinigung der hauptsächlichsten Eisenbahnsysteme und die Bildung von „trusts and pools“ machten eine genaue Kontrolle dieser Verkehrsadern notwendig. Durch schärfere Beaufsichtigung der Eisenbahnen müsse das Volk gegen Beraubung und Unterdrückung geschützt werden. Die unsinnige Verschwendung von Geld, das dem Volke ausgepreßt werde, und die verschwenderischen Aufwendungen der republikanischen Kongresse müßten

aufhören, die Zahl der überflüssigen Aemter verringert und die Gehalte herabgesetzt werden.

„Wir denunzieren (und diese Stelle des Programms, die mit der später wiederzugebenden Einleitung desselben des Pudels Kern enthält, verdient wörtlich angeführt zu werden,) die willkürliche Einmischung der Bundesbehörden in lokale Angelegenheiten, als eine Verletzung der Konstitution der Vereinigten Staaten und ein Verbrechen gegen freie Einrichtungen, und wir protestieren gegen eine Regierung durch gerichtliche Befehle (injunctions) als eine neue und höchst gefährliche Form der Unterdrückung, auf Grund welcher Bundesrichter in Mißachtung der Gesetze der Einzelstaaten und der Rechte der Bürger zugleich als Gesetzgeber, Richter und Exekutivbeamte auftreten. Wir billigen den in der letzten Session des Senats der Vereinigten Staaten angenommenen und jetzt dem andern Hause vorliegenden Gesetzentwurf über Gehorsamsverweigerung gegen Bundesgerichtshöfe (contempt of court) und die Verweisung gewisser solcher Fälle vor das Geschworenengericht.“

Die auf diesen Punkt bezügliche Stelle der Einleitung lautet: „Während aller dieser Jahre hat die demokratische Partei dem Streben selbstfüchtiger Interessen nach einer Zentralisation der Regierungsgewalt widerstanden und unentwegt an der Dualität der Regierung festgehalten, wie sie von den Gründern dieser Republik aller Republiken eingeführt worden war. Unter ihrer Führung und Weisung hat das große Prinzip der lokalen Selbstverwaltung seinen besten Ausdruck in der Erhaltung der Rechte der Staaten und im Bestehen auf der Beschränkung der Bundesregierung auf die Ausübung der ihr durch die Verfassung übertragenen Rechte gefunden.“

Man wird wohl nicht irren, wenn man diese Angriffe auf die Bundesregierung und den höchsten Bundesgerichtshof auf den Einfluß des Gouverneurs von Illinois, John P. Altgeld, zurückführt, der bekanntlich bei dem Ausbruch der Unruhen in Chicago gegen die Pullman-Gesellschaft dem Pöbel freies Spiel ließ, bis die Bundesregierung einschritt, deren Vorgehen später ausdrücklich durch den höchsten Gerichtshof als den Gesetzen entsprechend bezeichnet wurde. Die Bedeutung dieses Vorstoßes gegen die Zentralgewalt wird dadurch nicht geringer, daß Altgeld, obgleich ein wilder Demagoge, im Gegensatz zu vielen der Schreier auf der demokratischen Versammlung sich auch in republikanischen Kreisen des Rufes eines um- und einsichtigen Politikers erfreut und in Illinois unzweifelhaft eine Macht ist.

Die anderen Forderungen des demokratischen Programms sind: Die Beseitigung jedes Unterschiedes in der Behandlung der Schuldner der Regierung und die Verwerfung der Anträge der Pacificbahn auf die Fundierung ihrer Schuld; die Anerkennung der Ansprüche verdienstvoller Soldaten der Armee der Vereinigten Staaten; die Aufnahme von Neumexiko und Arizona als Staaten; Homerule und die Verwendung alles Regierungslandes zu freien Heimstätten für amerikanische

Bürger; Sympathie mit Kuba; Widerspruch gegen die Ernennung von Beamten auf Lebenszeit und gegen die dritte Wiederwahl eines Präsidenten und das Verlangen, daß die Bundesregierung die Fürsorge für die Erhaltung und Verbesserung des Mississippi wie aller wichtigeren Wasserwege übernehmen solle.

Während die Silber-Demokraten, wenn man will, mehr den aristokratischen Teil der Silbermänner darstellen, — ihre Führer sind zum Teil reiche Leute in hohen Stellungen, die, wie Gouverneur Altgeld von Illinois und andere, trotz ihres angeblichen Silberfanatismus es vorsichtigerweise nicht unterlassen, bei von ihnen abgeschlossenen Mietkontrakten und Geschäften sich Zahlung in Gold auszubedingen — repräsentieren die Populisten mehr den demokratischen Flügel derselben; sie ziehen ihre Anhänger hauptsächlich aus den Farmerkreisen der Weststaaten und dem radikalen Demagogentum des Südens und stehen mit ihrem Programm neben den auch auf dem Programm der Silberdemokraten befindlichen Währungs- und Finanzforderungen mehr auf dem Boden radikaler Reformen mit Initiative, Referendum und Verstaatlichung der Eisenbahnen und Telegraphen, sowie des Grund und Bodens und der Bergwerke.

Trotz der tiefen Meinungsverschiedenheiten, die in vielen Punkten zwischen den Silberdemokraten oder Popokraten, wie sie vielfach genannt werden, und den Populisten bestehen, fühlten die Führer beider Parteien, daß ein Erfolg in der Wahlkampagne nur durch enges Zusammengehen und Aufstellen derselben Kandidaten möglich sein werde. Die Führer der demokratischen Silberpartei waren daher eifrig bemüht, bei dem Zusammentreten der populistischen Versammlung in St. Louis Stimmung für ihre Kandidaten zu machen, während die „Silverites“ die abtrünnigen Republikaner, die zugleich mit den Populisten in St. Louis tagten, für Bryan und Sewall eintraten und dieselben durch Aklamation als ihre Kandidaten für die Präsidentenwahl proklamierten. Mit den Populisten sollte die Sache indessen nicht so glatt gehen. Auch der linke Flügel der Partei, die „middle of the waymen“, waren allerdings bereit, für Bryan zu stimmen, falls derselbe sich zur Annahme des Programms der Partei bereit erkläre, aber sie wollten unter keinen Umständen von Sewall etwas wissen und verlangten die Wahl eines der Ihrigen als Kandidaten für den Vizepräsidentenposten. Während der ersten Sitzungen drehte sich der Kampf im wesentlichen um die Frage, ob die Wahl des Präsidenten oder Vizepräsidenten zuerst auf die Tagesordnung gesetzt werden solle; die „Mitten auf dem Wege-Leute“ bestanden darauf, daß dies mit der Vizepräsidentenwahl geschehen solle, wohl in dem richtigen Gefühl, daß wenn sie ihre Stimmen einmal für Bryan abgegeben haben würden, sie auf wenig Rücksicht seitens der „Macher“ zu zählen haben dürften. Ihre Auffassung trug den Sieg davon, obgleich bei der ersten Abstimmung sich nur 730 Stimmen für und 766 Stimmen gegen dieselbe ausgesprochen hatten; be-

vor dieses Ergebnis aber bekannt gemacht wurde, erklärte der Führer der Delegation von Nordkarolina, Skinner, daß dieselbe sich eines andern besonnen und die 95 Stimmen, die sie ursprünglich gegen den Antrag, die Wahl des Vizepräsidenten zuerst vorzunehmen, abgegeben, nun für denselben abgeben wolle. Der Antrag wurde dadurch mit 785 gegen 615 Stimmen angenommen und im ersten Wahlgange der radikale Populist Thomas C. Watson von Georgia als Kandidat der Populisten für den Vizepräsidentenposten gewählt.

Watson ist 40 Jahre alt und ein Sohn armer Eltern; wie die meisten der am öffentlichen Leben in Amerika beteiligten Leute hat er die Rechte studiert und als Rechtsanwalt praktiziert. Ursprünglich Demokrat, ist er nach seiner Wahl zum Kongreß zu den Populisten übergegangen; als Abgeordneter hat er sich besonders durch eine Rede bekannt gemacht, in der er die Trunksucht seiner Kollegen im Kongreß auf das Heftigste angriff und behauptete, daß dieselbe sie an der Ausübung ihrer Pflichten verhindere. Die Rede machte ein solches Aufsehen, daß der Kongreß ein Komite ernannte, um die Begründung der Anschuldigungen zu prüfen; dasselbe erklärte, keine Gründe für den Angriff gefunden zu haben, aber die Rede gab kirchlichen und Mäßigkeitskreisen Veranlassung zu weitgehenden Erörterungen. Watson ist der Verfasser eines 1892 erschienenen Werks: „Keine Revolte, eine Revolution“ (Not a revolt. It is a Revolution), in dem er die Grundsätze des Populismus verteidigt und die bestehenden Zustände angreift.

Nach weiteren heftigen Kämpfen im Schoße der Populistenversammlung wurde Bryan zum Präsidentschaftskandidaten mit 1042 Stimmen gegen 321 gewählt, welche letzteren der Kandidat der Radikalen, Oberst Norton, der Herausgeber des Chicago Express, erhielt. Die Texas Delegation gab ihre 103 Stimmen geschlossen gegen Bryan ab und trat gleich nach der Sitzung zu einer Beratung zusammen, in der beschlossen wurde, Bryan aufzufordern, sich innerhalb dreißig Tagen kategorisch über seine Annahme des populistischen Programms zu erklären, und falls er dies ablehne, Schritte bei dem permanenten Komite der Partei zu thun, um durchzusetzen, daß die Stimmen der Partei für Norton als Präsidenten abgegeben würden. Auf der andern Seite hat der Leiter der Versammlung, Senator Allen, es verstanden, im letzten Augenblick für das permanente Komite die Vollmacht zu erlangen, alles zu thun, was das Interesse der Partei erfordere. Man nimmt an, daß diesem Schritte die Absicht zu Grunde lag, Watson über Bord zu werfen und Sewall als Vizepräsidentenkandidaten der Partei anzuerkennen; aber wenn eine solche Absicht bestand, ist sie längst aufgegeben worden, da ein Versuch zur Ausführung derselben die Populisten der Südstaaten zur Sezession treiben würde.

Bryan selbst hat nach der Wahl Watsons an den die Interessen der demokratischen Partei bei der Populistenversammlung vertretenden Senator Jones (seitdem zum Gouverneur von Arkansas erwählt) telegraphiert, daß er nach Sewalls Niederlage die Wahl der Populisten

nicht annehmen könne; Senator Jones wollte dies Telegramm in der Versammlung während der Abstimmung über Bryan verlesen haben, aber der Vorsitzende, Senator Allen, weigerte sich dessen; es kam zu einer heftigen Scene, der Allen mit den Worten ein Ende machte: „Wir sind keine Hunde; dies ist eine populistische Versammlung, keine demokratische, und wir thun, was wir wollen, nicht was Ihr wollt.“ Eine an den Vorsitzenden aus der Mitte der Versammlung gerichtete Frage, ob ein solches Telegramm Bryans eingelaufen sei, erhielt die Antwort, das Präsidium habe keins erhalten. „Boss“ und Komödie! Denn auch Bryan ist es kaum Ernst mit seinem Telegramm gewesen, das wohl nur den Zweck hatte, sich den Demokraten des Ostens gegenüber gegen den Vorwurf, Sewall im Stich gelassen zu haben, zu rechtfertigen, ohne der populistischen Stimmen verloren zu gehen.

Das populistische Programm deckt sich in vielen Punkten mit dem demokratischen, enthält aber doch eine große Anzahl weitergehender Forderungen und Wünsche. —

Was die Partei in ihrem Programm bei der letzten Präsidentenwahl vorausgesagt, sei eingetroffen. „Wir haben, heißt es dann weiter, politische Unabhängigkeit, aber unsere finanzielle und industrielle Unabhängigkeit müssen erst noch erlangt werden, indem wir unserm Lande die verfassungsmäßige Aufsicht und die Ausübung der Berrichtungen zurückgeben, die zur Regierung notwendig sind und die durch die Beamten des Staats niedriger Weise monopolistischen Korporationen ausgehändigt worden sind. Der Einfluß europäischer Geldwechsler ist bei der Gestaltung der Gesetzgebung mächtiger gewesen als die Stimme des amerikanischen Volks. Die Exekutivgewalt und Gönnerschaft sind benutzt worden, um die gesetzgebenden Körperschaften zu bestechen und den Willen des Volks zu vereiteln und die Geldherrschaft hat ihren Thron auf den Trümmern der Demokratie aufgeschlagen. Um die durch unsere Väter beabsichtigte Regierung wieder herzustellen und für die Wohlfahrt und das Glück weiterer Geschlechter fordern wir ein ökonomisches und finanzielles System, das uns zu Herren unserer eigenen Angelegenheiten und unabhängig von europäischer Kontrolle macht. Zu dem Zweck verlangen wir: ein nationales Geld, direkt von der Regierung ausgegeben, das ein gesetzliches Zahlungsmittel für alle Schulden, öffentliche und private sein soll; die freie und unbeschränkte Ausmünzung von Gold und Silber zum Verhältnis von 16 : 1; die Vermehrung der umlaufenden Zahlungsmittel; eine Gesetzgebung, die die Demonetisation der gesetzmäßigen Zahlungsmittel durch Privatabkommen verbietet. Wir protestieren gegen den Verkauf von Staatsschuldsscheinen und die weitere Ausgabe von zinstragenden Papieren, ohne die ausdrückliche Genehmigung des Kongresses. Der Regierung soll es freistehen, bei Zahlung der von ihr eingegangenen Verpflichtungen sich jeder Art gesetzlicher Zahlungsmittel nach ihrem freien Willen zu bedienen. Wir verlangen eine steigende Einkommensteuer und die Errichtung von Postsparkassen. Die Regierung soll alle Eisenbahnen be-

sizen und verwalten, und die dazu erforderlichen Schritte sind allmählich und in Uebereinstimmung mit einer gesunden, öffentlichen Politik zu thun.

Weiter verlangt das Programm: Das Interesse der Vereinigten Staaten an den verschiedenen durch die Ueberweisung von Land subventionierten Eisenbahnlinien soll in keinem Falle veräußert oder abgetreten werden, die Regierung soll vielmehr in jedem Falle, in welchem die schuldigen Beträge nicht rechtzeitig abgeliefert werden, ihre Ansprüche geltend machen und bei den sich daraus ergebenden gerichtlichen Verkäufen die Bahnen erstehen, falls dies zu vernünftigen Preisen möglich sei; den Versuchen, die Schulden dieser Bahnen zu übernehmen, muß mit allen Kräften entgegengetreten werden. Die Telegraphen sollen ebenso wie die Eisenbahnen Eigentum des Staats werden. Die Bundes- und Staatenpolitik soll dahin gehen, es jedem vorsichtigen und fleißigen Bürger zu ermöglichen, eine Heimstätte zu erwerben; alles von Eisenbahnen und anderen Korporationen über ihre thatsächlichen Bedürfnisse hinaus besessene Land soll daher auf gesetzlichem Wege von der Regierung eingezogen und für solche Ansiedler benützt werden. Der Kongreß muß auf gesetzgeberischem Wege veranlassen, daß alle auf dem Eisenbahnen verliehenen Grund und Boden befindlichen Bergwerke von solcher Verleihung ausgenommen werden. Bona-fide-Ansiedlern ist freies Land zur Verfügung zu stellen und auch in Betreff der für die Indianer reservierten Gebiete soll, wenn dieselben geöffnet werden, keine Ausnahme gemacht werden. Wir sind für ein System der direkten Gesetzgebung durch Initiativanträge und Referendum unter den erforderlichen konstitutionellen Garantien. Der Präsident und Vizepräsident der Vereinigten Staaten müssen aus direkter Wahl des Volkes hervorgehen. Wir sympathisieren mit Kuba und glauben, daß die Zeit gekommen sei, in der die Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit desselben anerkennen sollten. Wir sind für Homerule in den Territorien und befürworten deren baldige Aufnahme als Staaten. Alle Gehalte von Beamten sollen dem Preise der Arbeit und der Erzeugnisse derselben entsprechend festgesetzt werden. In Zeiten großer industrieller Flaueheit sollen die Arbeitslosen soviel als möglich bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden. Das willkürliche Verfahren der Gerichtshöfe, die sich herausnehmen, Bürger wegen indirekter Gehorsamsverweigerung ins Gefängnis zu werfen und sie durch gerichtliche Befehle zu regieren, muß durch die erforderliche Gesetzgebung verhindert werden. Wir sind für gerechte Pensionen für unsere invaliden Soldaten. Da wir der Ansicht sind, daß das freie Wahlrecht und unbehinderte Abstimmungen unentbehrlich für eine Regierung für und durch das Volk seien, verurteilt die Partei des Volks die umfassende Entziehung der Wahlberechtigung in einzelnen Staaten als unrepublikanisch und undemokratisch und verlangt Abhilfe durch die gesetzgebenden Versammlungen dieser Staaten. Die Minoritätsanträge: Keine zinstragenden Papiere, gute Wege, Frauenwahlrecht und Regierungskontrolle resp. Besitz für alle

für das Wohl der Allgemeinheit wichtigen Industriezweige wurden ohne Diskussion abgelehnt.

Wie man sieht, ist das Programm der Populisten in vielen ökonomischen und politischen Fragen ein viel eingehenderes und durchgreifenderes, als das der demokratischen Partei, während der Hauptbeschwerdepunkt der letzteren, die Einmischung der Bundesregierung in die Regierung der Staaten mit einem kurzen Saße abgemacht wird. Vielleicht ist dies dem zuzuschreiben, daß bei den Populisten das bei den Demokraten durch Altgeld vertretene, persönlich treibende Element fehlte, wenn nicht der Thatsache, daß der schlechte Eindruck, den das Vorgehen der Demokraten gegen den höchsten Gerichtshof fast überall gemacht, die Populisten von der Begehung desselben Fehlers abgehalten hat.

In den Vereinigten Staaten ist viel über den äußeren Eindruck der Populistenversammlung gespottet worden, deren Teilnehmer ohne Röcke, Westen und Halstücher, mehr Bauern bei der Heuernte als Politikern ähnlich gesehen hätten. Auch das weibliche Element hat sich ungebührlich vorgedrängt, nicht nur auf den Gallerien mit Beifall und Zischen, sondern auch in der Versammlung selbst, als Rednerinnen, Bannerträgerinnen und Bänkelsängerinnen. Das Wichtigste ist aber, daß die Vorsitzenden die größte Mühe hatten, die Versammlung in Ordnung zu halten; jeder redete, mehr oder weniger, wann, wie und was er wollte und es kam daher zu sehr heftigen Auseinandersetzungen; einer der Redner mußte gewaltsam von der Bühne entfernt werden, und Thätlichkeiten sind mehr als einmal nur mit Mühe vermieden worden. Es scheint daher zweifelhaft, ob die Populisten selbst bis zum Wahltage zusammenhalten werden, das Einverständnis dürfte aber auch einen günstigen Ausfall der Wahl kaum lange überdauern.

Außer den drei bisher erwähnten Parteien besteht noch die Prohibitionspartei, die das Verbot des Genusses alkoholischer Getränke auf ihre Fahne gesetzt hat; in ihrem Programm spricht sie sich für gesundes Geld und die ehrliche Erfüllung eingegangener Verpflichtungen aus. Sie hat indessen ebenso wie die sozialistische Arbeiterpartei nur die Bedeutung, daß sie den andern Parteien eine, wenn auch nicht große Anzahl Stimmen entzieht, die bei den sehr verwickelten und verschobenen Verhältnissen immerhin einen, wenn auch indirekten, so doch maßgebenden Einfluß auf den Ausfall der Wahl in einem oder dem andern Staate ausüben können. Ihre in Baltimore gewählten Kandidaten sind Joshua Geving von Maryland und Hale Johnson von Illinois. Die nach Zahl und Einfluß noch unbedeutendere sozialistische Arbeiterpartei hat in New-York Charles H. Matchett von New-York und Matthew Mc. Guire von New-Jersey aufgestellt.

Wie die Freisilberrepublikaner die Silverites gewählt haben, ist bereits angegeben worden; ihr Programm, in dem nur die finanzökonomischen Fragen behandelt werden, deckt sich mit dem der Demokraten, nur daß es die meisten Punkte noch schärfer betont, wie nicht

anders zu erwarten war; enthält doch die Partei die Männer, die am 22. Januar d. J. in Washington das amerikanisch-bimetallistische Programm aufstellten und damit recht eigentlich die Silberfrage in Fluß brachten.

Die Golddemokraten, d. h. die der demokratischen Partei angehörigen Freunde der Goldwährung, haben sich nicht, wie ihnen von vielen Seiten und namentlich auch von der Dana'schen „New-York-Sun“ angeraten wurde, entschließen mögen, einfach für Mc. Kinley zu stimmen, um den vereinigten Silberdemokraten, Silberleuten und Populisten den Sieg zu entreißen; sie haben vielmehr als nationale demokratische Partei ihre eigene Versammlung in Indianapolis gehabt und als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl Palmer und Budner aufgestellt. Ob sie damit einen andern praktischen Erfolg erzielen werden, als vielleicht den, den Kern einer später auf den Trümmern der alten demokratischen Partei entstehenden neuen zu bilden, muß dahingestellt bleiben. In Amerika selbst hält man sie vielfach für eine Partei von lauter Generalen ohne Soldaten und es ist nicht unmöglich, daß sie das bleiben werden, da viele Demokraten es vorziehen werden, für Mc. Kinley zu stimmen, statt durch eine weitere Zerspaltung der Stimmen den Interessen Bryans zu dienen. Bei den Wahlen in Maine z. B. müssen mindestens 15 000 Demokraten für die republikanischen Kandidaten gestimmt haben, während nur 600 und einige Stimmen für die Kandidaten der Golddemokraten abgegeben worden sind. Das Programm der Golddemokraten ist, was die Währungsfrage angeht, das der republikanischen Partei, nur daß in ihm die durch Haltung der Silberdemokraten notwendig gewordene Ablehnung jedes Repudiationsgedankens schärfer hervortritt.

Ein dem silberdemokratischen wie dem populistischen Programm angehöriger Punkt, die Forderung der baldigen Aufnahme von Neu-Mexico und Arizona unter die Staaten, verdient besondere Erwähnung. Bekanntlich sendet jeder Staat, welches immer seine Bevölkerungszahl sein möge, zwei Senatoren in den Senat der Union. Die Vertreter der kleinen, meist silberfreundlichen südlichen und westlichen Staaten besitzen daher in dieser Körperschaft fast ebenso viele Stimmen, als die der größeren nördlichen und östlichen Staaten; Neu-Mexico und Arizona würden den ersteren vier weitere Stimmen und damit die Majorität geben, was wenn es auch vielleicht nicht zur Ausführung der Wünsche der Silbermänner beitragen würde, jedenfalls alle Maßregeln der Goldmänner verhindern könnte. —

In Vorstehendem ist geschildert worden, welche tiefe Spaltungen die Währungsfrage in der Zusammensetzung und der Haltung der früheren Parteien verursacht hat; es wird sich daher empfehlen, festzustellen, aus welchen Elementen die Gegner der Goldwährung sich zusammensetzen, und wie es möglich gewesen ist, daß das, was in den Vereinigten Staaten als „Silberwahnsinn“ „silver craze“ bezeichnet wird, so weite Kreise ergreifen konnte, daß es immer noch als zweifel-

haft erscheinen muß, ob der Erwählte derselben, Bryan, nicht etwa doch als Präsident seinen Eingang in das weiße Haus in Washington halten wird.

Die Bewegung für billiges, d. h. schlechtes Geld ist eine alte in den Vereinigten Staaten; sie begann sehr bald nach Beendigung des Bürgerkrieges, als die Frage auftauchte, wie den durch die massenhafte Ausgabe von Papiergeld zerrütteten Währungsverhältnissen wieder aufzuhelfen sei; denjenigen, die zur Goldwährung zurückkehren wollten und in der Wiederherstellung derselben den einzigen Weg zur Rettung sahen, stand eine starke Partei gegenüber, die das Heil von der vermehrten Ausgabe von Papiergeld erwartete und für die Einführung einer papiernen Währung agitierte. Diese Partei unterlag anfangs der siebziger Jahre, aber ihre Führer befinden sich wieder an der Spitze der heutigen Bewegung, nur daß sie die Silberwährung statt der papiernen verlangen und von der Einführung der ersteren die Heilung aller nur denkbaren Uebel und Schäden erwarten. In demselben Sinne wirken, allerdings aus mehr persönlichen Gründen, die Besitzer der Silberbergwerke, die in der That die einzigen sind, die wenigstens anfänglich aus der freien Silberprägung einen recht erheblichen Gewinn ziehen würden. Eine andere Klasse von Silberfanatikern ist, wenn auch weniger zahlreich, doch um so gefährlicher, da sie zielbewußt auf die Repudiation der öffentlichen Schulden hinarbeiten. Die Vereinigten Staaten haben für Eisenbahn-, industrielle und staatliche Zwecke großer Mittel bedurft, die zum Teil nicht im Lande beschafft werden konnten, sondern in Europa aufgebracht werden mußten. In diesen Schulden sehen diese Leute, das was sie Abhängigkeit vom Auslande nennen und als solche denunzieren und angreifen; sie treiben bewußt und direkt zur Repudiation, d. h. zur Einführung des staatlichen und privaten Bankrotts, wie er unverschämter und frevelhafter noch nie gepredigt oder provoziert worden ist. Es sind hauptsächlich fanatische Irländer und südliche Demagogen, die diesen Anschauungen huldigen und die bereit sind, wie einst die Pariser Kommune, das „flambez finances“ auf ihre Fahne zu setzen, nur daß sie „finances“, d. h. das Finanzministerium, auf gut amerikanisch mit „Wallstreet“ übersetzen. Um die Lehre den Massen schmählicher zu machen und dieselben mit sich fortzureißen, wird gleichzeitig an ihre chauvinistischen Gefühle appelliert und England als der Feind denunziert, der die Vereinigten Staaten in finanzieller Abhängigkeit hält und damit alle die Leiden verursacht, unter denen das Volk seufzt.

Während diese Leute, zu denen noch eine Anzahl ehrlicher aber verbissener Theoretiker kommt, gewissermaßen als der Generalstab der Silberleute angesehen werden können, setzt sich ihre Gefolgschaft neben dem „soliden Süden“ zum allergrößten Teil aus den Farmern der mittleren und westlichen Staaten zusammen, unter denen die immer mehr fallenden Getreidepreise und die schwierigen Geldverhältnisse den dringenden Wunsch nach irgend einer Aenderung gezeitigt haben, der ihnen Hilfe in ihren ökonomischen und finanziellen Bedrängnissen

bringe. Daß sie den Feind der Landwirtschaft in der Goldwährung und Hilfe und Rettung in der Silberwährung sehen, dafür haben die Führer der Silberpartei gesorgt, die seit dem Jahre 1893 eine stille, aber um desto eifrigere Maulwurfsarbeit in den Ackerbaustaaten betrieben haben, eine Wühlerei, die merkwürdigerweise bis zu Beginn dieses Jahres dem Osten ganz unbekannt geblieben zu sein scheint, jedenfalls keine ernste Beachtung gefunden hat, da es sonst nicht schwer gewesen sein würde, ihr unter Hinweis auf die thatsächlichen Verhältnisse entgegenzuarbeiten.

Daß die ackerbauenden Klassen unter einem starken Preisrückgange und allen Folgen derselben zu leiden haben, unterliegt keinem Zweifel. Es ist dies aber eine der Krisen, wie sie sich fortwährend überall erneuern und für die um so schwerer ein Heilmittel zu finden ist, als ihre Ursachen in der eigenen Schuld der Betroffenen zu suchen sind. Als die großen Ebenen der mittleren und westlichen Staaten der Kultur erschlossen wurden, war Land billig und die Weizenpreise hoch; statt das leicht erworbene Geld sicher anzulegen, um gegen einen Rückschlag gedeckt zu sein, wurde dasselbe in den weitaus meisten Fällen zur Vergrößerung des Grundbesitzes verwendet und wo die eigenen Mittel nicht ausreichten, von den Banken Geld zu dem Zwecke gegen Hypotheken aufgenommen. Als aber die Aufschließung des Landes nach Westen immer weitere Fortschritte machte und damit naturgemäß die Produktion in viel schnellerem Maße zunahm als der Verbrauch, und als der bis dahin fast überall betriebene Raubbau sich in einem großen Teil des Gebiets als nicht länger durchführbar erwies, und zur lohnenden Betreibung des Ackerbaus in der neuen Welt die Hilfsmittel notwendig wurden, deren man sich in der alten schon längst hatte bedienen müssen, da stiegen die Preise namentlich von Weizen und Mais an, in bedauerlicher Weise herunterzugehen und auf die fetten Jahre der Landwirtschaft folgten die mageren. Mit dem Rückgang der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse war selbstverständlich auch ein solcher des Bodens verbunden, die Banken verlangten die Zinsen ihrer Darlehen und da dieselben nicht bezahlt werden konnten, kündigten sie die Hypotheken, die zu bezahlen die Grundbesitzer ebensowenig in der Lage waren. Statt nun die Hilfe für die Landwirtschaft in der Gründung ländlicher Kreditvereine und in einer besseren und billigeren Bewirtschaftung des Bodens zu suchen, machten eine Anzahl von Regierungen der Einzelstaaten den Versuch, dem Uebel dadurch abzuhelfen, daß sie einerseits die Eisenbahngesellschaften zu einer Herabsetzung ihrer Frachttarife zu zwingen suchten und andererseits allen Einklagungen ländlicher Schulden, Hypotheken, — Kündigungen und Zwangsverkäufen solche Hindernisse in den Weg legten, daß die Gläubiger dem Schuldner gegenüber thatsächlich kaum noch einen gesetzlichen Schutz und Abhilfe besaßen. Als naturgemäße Folge dieser Thorheit wurde das Geld in den Ackerbaustaaten immer knapper und dem entsprechend die finanziellen Bedrängnisse der Farmer immer größer, so

daß es kaum Wunder nehmen kann, wenn die neue Heilslehre von der Silberwährung, die dem Farmer gestatten würde, seine Schulden mit der Hälfte des geborgten Betrages zurückzuerstatten, oder die ihm etwa gar für einen Golddollar sechzehn gleichwertige Silberdollars geben würde, wie vielfach geglaubt wird, mit blinder Begeisterung aufgenommen wurde. Ob diesem Wahn gegenüber die durch die Erfahrung bestätigten unabänderlichen Gesetze des Verkehrs durchdringen werden und der Farmer sich überzeugen lassen wird, daß zwei schlechte (Silber) Dollars nicht mehr, im Gegenteil weniger wert sind, als ein guter (Gold) Dollar, daß der scheinbaren Steigerung des Werts seiner Produkte eine eben solche Steigerung des Preises aller Bedürfnisse gegenüber stehen muß, und daß bei dem Vorhandensein eines teureren und eines schlechteren Geldes, sei das letztere ein minderwertiges Metall oder Papier, das erstere stets aus dem Umlauf verschwindet und eine Entwertung des zurückbleibenden minderwertigen Verkehrsmittels eintritt, muß freilich dahingestellt bleiben, wenngleich als ein günstiges Symptom nicht übersehen werden darf, daß Maine, selbst ein Ackerbaustaat, der einst den Papiermännern eine starke Majorität gegeben hatte, bei den diesmaligen Staatswahlen sich mit einer überwältigenden Mehrheit für die Erhaltung der Goldwährung ausgesprochen hat.

Was den Süden anbetrifft, der fest geschlossen auf Seite der Silberwährung und der populistischen Forderungen steht, so erntet die republikanische Partei mit dieser Haltung des Südens nur was sie selbst gesät hat. Der Süden gab vor dem Sezessionskriege den Vereinigten Staaten ihre Leiter und Staatsmänner; hochmütig, überhebend und intolerant, waren sie doch, sowie die Sklavereifrage nicht in Betracht kam, durch Erziehung und Erfahrung wahre Politiker, denen man, was die Prinzipien der Verwaltung anbetraf, weder Einsicht noch Geschicklichkeit absprechen konnte. Sie hatten es auch verstanden, trotz aller aristokratischer Tendenzen in enger Berührung mit den Gefühlen des Volks zu bleiben, und ein großer Teil der damals von ihnen, allerdings mit der Absicht, der Ausdehnung der Sklaverei Vorschub zu leisten, getroffenen Maßnahmen haben sich später, unter ganz veränderten Umständen, als dem Gemeinwohl zuträglich und nützlich erwiesen.

Im Süden herrschte diese weiße Aristokratie unumschränkt und als sie politisch und ökonomisch nach der Beendigung des Sezessionskrieges zusammenbrach, war nichts vorhanden, was sie hätte ersetzen können. Einer der fähigsten republikanischen Führer, der damalige Gouverneur von Massachusetts, Andrew, seit Jahren ein Gegner der Sklaverei und ein fortgeschrittener Radikaler, sah die Gefahr, die aus dem Uebergang der Regierungsgewalt an die soeben befreiten Farbigen und, noch schlimmer, an die armen Weißen entstehen mußte und schlug vor, daß die früheren Sklavenbesitzer, als die einzigen Träger der Intelligenz im Süden, bei der Rekonstruktion desselben zugezogen

werden sollten. Sein Vorschlag wurde anfangs zurückgewiesen und erst später wieder aufgenommen, aber erst, nachdem dem Lande durch die früheren Sklaven und die politisch gleich unerzogenen Weißen der schlimmste Schaden zugefügt war. Die Macher der republikanischen Partei konnten es aber nicht mit ansehen, daß die verarmten Abkömmlinge der früheren Sklavenhalter den Süden im demokratischen Lager hielten, sie unterstützten mit allen, selbst den unskrupulösesten Mitteln die Abkömmlinge der armen Weißen gegen die durch Bildung und Erziehung natürlichen Führer des Südens, bis sich dieselben dem Anschwellen der populistischen Bewegung gegenüber gezwungen sahen, sich derselben anzuschließen, wenn sie nicht jedes politischen Einflusses verlustig gehen wollten. So stehen Virginia, Süd- und Nord-Carolina heute geschlossen gegen den Norden und auch in den anderen südlichen Staaten wird der Populismus bei den nächsten Wahlen vermutlich den Sieg davon tragen.

Ein anderes der unumstößlichen Gesetze des Verkehrs ist, daß Löhne einer Steigerung im Preise der Lebensbedürfnisse nur sehr langsam folgen; die Einführung der Silberwährung würde also die Lage aller Lohnarbeiter, auch der ländlichen, wesentlich verschlechtern. Auf Seite der Goldwährungsmänner d. h. der republikanischen Partei ist man sich dieser Thatsache wohl bewußt und setzt sie den Arbeitern gegenüber, wie bei dem Wahlfeldzuge überhaupt, in das gehörige Licht.

Ganz besonders betroffen von einem Siege der Silbermänner würden aber alle diejenigen werden, die, ohne zu der von den Demokraten und Populisten angegriffenen Plutokratie zu gehören, ihr Geld in Sparkassen (saving banks), Lebensversicherungsgesellschaften u. s. w. angelegt haben. Wie sollen solche Institute es möglich machen ihren Depositoren die fälligen Beträge in Gold zu zahlen, wenn sie die Zinsen der angelegten Kapitalien in im Markt 53 Cents werten Silberdollars ausgezahlt erhalten oder die in Gold ausgeliehenen Summen ihnen in eben solchen Silberdollars zurückgezahlt werden? Auf diese Fragen hat Bryan in seiner am 12. August im Madison Square Garden gehaltenen Rede, die angeblich sein ganzes Programm enthalten sollte, keine andere Antwort gehabt, als daß, da, wie die Besitzer von Feuer- und Lebensversicherungspolice ja wüßten, der Gesamtbetrag der Prämien den der zu deckenden Verluste überstiege, eine steigende Währung den Gesellschaften von größerem Nutzen sein müsse, als den Besitzern von Policen; daß die Depositoren in Sparbanken wüßten, daß sie bei der Fortdauer der Goldwährung Gefahr liefen, ihre Deposita einzubüßen, da die Banken in die Unmöglichkeit kommen würden, ihre Forderungen einzuziehen und daß sie ferner wüßten, daß falls die Goldwährung bis ins Unbestimmte fort dauere, sie gezwungen sein würden, ihre Deposita zurückzuziehen, um die täglichen Ausgaben bestreiten zu können.

Die New-Yorker demokratischen Zeitungen, die wie über 200 andere solcher Zeitungen und unter ihnen die hervorragendsten und fast

alle deutschen, sich von der silberdemokratischen Partei losgesagt haben, haben sich über diese Neußerungen Bryans verdienter Weise lustig gemacht und, wie die New-Yorker Times gefragt, ob das wirklich alles sei, was er hätte sagen können, um die Besorgnisse von 4 875 519 Personen zu beruhigen, die mit über sieben Milliarden Mark bei den Sparbanken beteiligt seien, wie der anderen, die 50 Millionen Mark jährlicher Prämien für Versicherungspolice bezahlten, die einen Wert von ca. 53 Milliarden Mark repräsentierten. Außer den angeführten Personen und Beträgen besitzen ungefähr 3 600 000 Personen ein Interesse an kooperativen und sonstigen Gesellschaften, die auf Gegenseitigkeit beruhen und die ein Kapital von 28 Milliarden Mark haben. Die Kapitalien aller dieser Gesellschaften sind in Hypotheken, Eisenbahnaktien, städtischen Obligationen und anderen ähnlichen Papieren angelegt. In 1890 betragen die so angelegten Gelder von zwölf im Staate New-York angelegten und 18 in andern Staaten domizilierten Versicherungsgesellschaften, die in New-York Geschäfte machten:

| | | |
|---|------|------------|
| in Schuldverschreibungen und Hypotheken | 1193 | Mill. Mark |
| in Staatspapieren der Vereinigten Staaten | 25 | " " |
| in andern Aktien und Obligationen | 1053 | " " |
| in Immobilien | 317 | " " |

Wie würden die Gläubiger dieser Gesellschaften fahren, wenn z. B. die Hypotheken in Dollars zu 53 Cents gezahlt würden und würde ein Teilnehmer an einer auf Gegenseitigkeit gegründeten Gesellschaft seine Zahlungen nicht auch in Dollars von demselben Werte erhalten?

Die Anlagen der Sparbanken bestanden in 1894, nach dem über einen Teil derselben vorhandenen Angaben, in

| | | |
|--|------|------------|
| Beleihungen von Immobilien | 3116 | Mill. Mark |
| Vereinigten Staaten Papieren | 435 | " " |
| Staatlichen, Grafschaftlichen und Städtischen Anleihen | 1595 | " " |
| Eisenbahn-Aktien und -Obligationen | 486 | " " |
| Andern Aktien, Obligationen und Hypotheken | 418 | " " |

auf die dasselbe zutrifft, was von den Anlagen der Versicherungsgesellschaften gesagt worden ist.

Und was die Notwendigkeit anbetrifft, in die die Depositen versetzt werden könnten, aus Not infolge der Fortdauer der Goldwährung ihre Deposita zurückzuziehen oder zu vermindern, so ist die Zahl der Depositen von 1 630 846 in 1870 auf 4 288 937 in 1890 und 4 878 519 in 1895 gewachsen, während die deponierten Beträge von 2199 Millionen Mark in 1870 auf 6909 Millionen Mark in 1890 und auf 7242 Millionen Mark in 1895 gestiegen sind.

Die Frage des Einflusses, den die Einführung der Silberwährung auf das Geschick aller derer haben müßte, die ihre Ersparnisse in irgend einer Form zinstragend angelegt haben, ist in Vorstehendem so eingehend behandelt worden, weil auch deutsche Bimetallisten in der jüngsten Zeit sich veranlaßt gesehen haben, als Gegner der Gläubigerklasse Herrn Bryan ihre Wünsche für den glücklichen Ausgang eines Wahlfeldzugs

zu übersenden und sich zu verpflichten im Falle seines Sieges, einen unmittelbaren Druck auf die deutsche Regierung auszuüben zum Zweck der Wiederherstellung des Silbers als Währung der Welt. — Es mag ja einen recht erheiternden Eindruck gewähren, deutsche Bimetallisten, Bryan, dessen ganze Kandidatur auf der Illusion beruht, daß Amerika selbständig vorgehen könne und müsse, ihre Unterstützung anbieten zu sehen, es ist jedenfalls auch recht ergötzlich, deutsche Aristokraten mit den Adjutanten Bryans „Mistgabel“ Tillman und „Blut bis an den Sattel“ Waite, wie sie nach besonders hervorragenden oratorischen Leistungen genannt werden, Arm in Arm zu sehen, aber es würde doch auch ganz interessant sein zu erfahren, wie die Herren sich mit der Thatsache abzufinden gedenken, daß Witwen und Waisen bei uns gesetzlich gezwungen sind, ihr Geld in ersten Hypotheken und bis jetzt für sicher gehaltenen Papieren anzulegen, und welchen Vorteil sie für Deutschland daraus erstehen zu sehen hoffen, daß die Leute, die durch den höheren Zinsfuß der amerikanischen Papiere verlockt, ihr Geld in denselben angelegt haben, dasselbe teilweise oder ganz verlieren. Bis zu einer befriedigenden Beantwortung dieser Fragen werden sie es nur natürlich finden können, wenn von Seite der Freunde der Goldwährung in ganz entschiedener Weise gegen jeden Versuch, die Silberwährung einzuführen, Front gemacht wird.

Der Kampf um die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten ist, wie gezeigt, im wesentlichen ein solcher zwischen den wirklichen Interessen der Industrie, und zu derselben gehören in diesem Falle alle Lohnarbeiter, und den scheinbaren des Ackerbaus, (sind doch in den letzten Wochen, trotz des fallenden Silberpreises die Preise von Weizen und Mais sehr erheblich gestiegen), an die sich alles gehängt hat, was bei irgend einer Aenderung nur zu gewinnen und nichts zu verlieren hat. Daß unter diesen Umständen und bei dem durchaus demagogischen Charakter der Propaganda, die seitens der Leitung der Silbermänner, mit Bryan an der Spitze, getrieben wird, wie bei der Thatsache, daß bei einem Teil der Führer der silberdemokratischen Bewegung unzweifelhaft die Tendenz vorherrscht, die einzelnen Staaten unabhängiger, als dies selbst bisher der Fall gewesen ist, von der Regierung der Union zu machen, vielfach Besorgnisse laut werden, daß ein Ausfall der Wahl gegen die Demokraten zu Ausschreitungen führen könne, wird um so weniger wundernehmen, als die sozialistischen und anarchistischen Elemente in Illinois auf eine rücksichtsvolle Behandlung seitens des Gouverneurs Altgeld zu zählen berechtigt sind. Die republikanische Partei wird daher, falls sie den Sieg erringt, eine um so schwerere Aufgabe zu lösen haben, als ein Teil der von den anderen Parteien verlangten Reformen, wie z. B. die Einführung einer Einkommensteuer, sich unzweifelhaft der Sympathien eines sehr großen Teils der Bevölkerung erfreut.

Die silberdemokratische Partei wird voraussichtlich vor den Wahlen eine sehr erhebliche Zahl von Fahnenfluchten zu verzeichnen haben. Schon die Annahme des Chicagoer Programms hat nicht allein den

Austritt derjenigen veranlaßt, die sich seitdem als nationale demokratische Partei konstituiert haben, sondern es mehrt sich auch täglich die Zahl derer, die erklären, daß sie von den auf der Grundlage des Silberprogramms zusammengetretenen Komites Ernennungen für Staatswahlen nicht annehmen könnten. Die vor kurzem erfolgte Erklärung Bryans, daß er die auf ihn seitens der Populisten gefallene Wahl annehme, wird die Zahl der abtrünnigen Demokraten noch vermehren, denn wenige derselben werden geneigt sein, zur Wahl eines populistischen Präsidenten beizutragen. Daß aber Bryan selbst Populist ist, dazu würde es weder seiner jetzigen Erklärung, noch der früher von ihm abgegebenen, daß er aus der demokratischen Partei austreten werde, falls dieselbe nicht die freie Ausprägung von Silber in ihr Programm aufnehme, bedürfen, seine ganze Laufbahn spricht für seine Zugehörigkeit zu der Partei, an deren Trog, wie die Zeitungen sagen, die Leiter der Versammlung in Chicago, Tillman, Altgeld und Jones, die demokratische Partei geführt haben.

William Jennings Bryan wurde 1860 in Illinois geboren, er hat daher nur eben erst das zur Wahl zum Präsidenten erforderliche Alter, 35 Jahre, erreicht; als Sohn unbemittelter Eltern erhielt er seine erste Erziehung in den öffentlichen Schulen. Siebzehn Jahre alt, bezog er für vier Jahre das Illinois College in Jacksonville und später die Union Rechtsschule in Chicago, an welchem Plaze er sich die Mittel zur Fortsetzung seiner Studien durch Arbeit bei einem Rechtsanwalt erwarb. Nach Beendigung seiner Studienzeit trat er mit einem seiner Schulgenossen in Verbindung und errichtete mit ihm zusammen ein Rechtsanwaltsbureau, aber wie er es schon früher gethan, widmete er seine Zeit und sein Interesse hauptsächlich der öffentlichen Diskussion politischer Fragen. 1884 vermählte er sich mit Miß Mary Baird, die als Studentin den Annex der Rechtsschule besuchte, der Bryan angehörte. Sie bestanden ihr Examen zu derselben Zeit, und Miß Baird wurde später als Rechtsanwältin zur Praxis bei den Gerichtshöfen in Nebraska zugelassen. Mrs. Bryan ist Schriftstellerin und Präsidentin der Lincoln Sorosis.

Die politische Laufbahn Bryans ist eine kurze. 1890 wurde er vom ersten Wahlbezirk von Nebraska in den Kongreß gesandt, wo seine Reden ein gewisses Aufsehen erregten; in einer zweiten Session stieg sein Ansehen als Redner, aber ein Versuch, in den Senat gewählt zu werden, mißlang 1894; er wurde von dem republikanischen Kandidaten geschlagen und übernahm in Omaha die Herausgabe des World Herald, während er sonst als Wanderredner wirkte. Er hatte den Ruf eines kirchlich gesinnten, enthusiastischen Mannes, der stets für den niedrigsten, mit den Bedürfnissen der Regierung vereinbarlichen Zolltarif und freie Silberausprägung eingetreten war. Sein Rednertalent hat ihm auf der Versammlung in Chicago, an der er nur als Mitglied einer Minoritätsdelegation seines Staates teilnahm, die Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten gebracht, aber seit derselben hat er seinen

Ruhm als Redner kaum vermehrt; sein Auftreten am 12. Juli in New-York, wo er die Ernennung als Kandidat der demokratischen Partei entgegennahm, war ein vollständiger und um so empfindlicherer Mißerfolg, als man von demselben Großes erwartet hatte; freilich las er bei dieser Gelegenheit eine wohl vorbereitete Rede ab, um, wie er nachher erklärte, der ihm feindlichen Presse nicht die Möglichkeit einer Entstellung dessen, was er gesagt, zu geben. Als Volksredner, stumpf orator, wie man in Amerika sagt, hat er bei seiner Wahlrundreise noch einige Erfolge aufzuweisen gehabt, obgleich dieselben vielfach mehr auf die Neugierde seiner Zuhörer als auf eine Zustimmung seitens derselben zurückzuführen sein dürften; als Staatsmann hat er auch bei seinen Freunden Fiasco gemacht, da sein Mangel an Erfahrung und die sich daraus ergebende Unselbständigkeit ihn als wenig geeignet für die Stelle erscheinen lassen, nach der er strebt. Das Gefühl der Unzufriedenheit mit den erzielten Erfolgen wird ihn dann immer weiter in das demagogische Lager getrieben haben, als dessen Kämpfe er jetzt auftritt.

Seine Wahl in Chicago schreibt er zum großen Teil der Pforte eines um Mitternacht auf einem Kirchhofe getöteten Hasen zu, die er bei der Gelegenheit in der Tasche trug. Vielleicht hilft der Talisman noch weiter.



II. Kapitel.*)

I.

Man hat die Frage: ob Gold- oder Silberwährung? schon als eine „confusion des confusions“ bezeichnet; jedenfalls ist sie das in den Vereinigten Staaten. Schon die Vorfrage läßt sich nur schwer beantworten, was dort für eine Währung besteht. Dem Buchstaben des Gesetzes nach sollte dort Silber neben Gold als vollwertiges Zahlungs- und Bankdeckungsmittel gelten. Im Verkehr aber wurde es seit Jahrzehnten nicht als gleichberechtigt behandelt und Gold allein als das vollwertige Zahlungsmittel angesehen. Selbst während des Sezessionskrieges war es nicht nur gestattet, sondern Regel für alle Verträge, die Erfüllung in Gold zu vereinbaren; auch nach der Blandbill von 1878 ist die Ausstellung einer Schuldverpflichtung auf Gold rechtsgültig und die auf Gold ausgestellte Banknote auch in Gold einzulösen.

Entsprechend dieser Haltung des Verkehrs hat auch die staatliche Münzstätte von jeher Gold bevorzugt und unverhältnismäßig mehr an Gold-, als an Silbermünzen in die Zirkulation gebracht. Das Gesetz von 1834 suchte wohl den Silberdollar in größerer Menge in den Verkehr zu bringen, aber schon gleich nach dem Erscheinen dieses Gesetzes wurde an dieser Münze nur wenig geprägt, im Jahr 1839 z. B. nur 300 Stück. 1835/70 war an Silberkurant nur für 30 Millionen Mark, dagegen für ca. 3500 Millionen Mark an Golddollars ausgeprägt worden. Die Silberdollars waren im öffentlichen Verkehr eine Seltenheit. Von 1834 bis in die siebziger Jahre hatten die Vereinigten Staaten thatsächlich und praktisch Goldmonometallismus, abgesehen von der Zeit des Bürgerkriegs, während dessen sie gar kein Metallgeld hatten.

Nach dem Krieg galt es, die Papierwährung und das Goldagio zu beseitigen. Das geschah seit 1870 durch allmähliche Einziehung und Vernichtung der Greenbacks, und im Jahr 1873 durch Sanktionierung der vor dem Sezessionskrieg schon thatsächlich bestandenen Währung, nämlich der Goldwährung. Der Kongreß verfügte, daß von 1879 ab die „Green-

*) Die nachfolgenden Detail-Ausführungen haben Prof. Dr. Huber-Stuttgart zum Verfasser.

backs“ wieder in Gold eingelöst werden sollten, und erließ ein Münzgesetz, das unter den zu prägenden Münzen den früheren Silberdollar gar nicht aufführt, und als Silbergeld nur Scheidemünzen und den für den ostasiatischen Verkehr bestimmten Trade-Dollar kennt.

Diesem Uebergang zur Goldwährung stellten sich zwei unvorhergesehene Neuerungen in den Weg, nämlich die Steigerung der amerikanischen Silberproduktion — sie betrug 1870 : 69, 1873 : 109, 1876 : 157 Millionen Mark — und die Stockung des Silberabsatzes, wodurch 1876 für das Silber ein Preisfall von 20% hervorgerufen wurde. Vor 1874 hatten sich die amerikanischen Minenbesitzer für die staatliche Ausmünzung nicht interessiert, da der Weltmarktpreis des Silbers höher stand als 1 : 16 oder 59 Pence per Unze, d. h. als das Verhältnis, in dem die amerikanischen Silbermünzen ausgebracht wurden. Von 1874 an sank das Silber unter diesen Wert. Jetzt hätten die amerikanischen Minenbesitzer ihre Ausbeute gerne zu dem früheren Preise bei der Münze untergebracht und eröffneten zu diesem Zwecke, im Verein mit den „Inflationisten“, die bekannte Agitation für Silberfreiprägung, die in der Folge dann auch nach Deutschland verpflanzt wurde.

Von da an wurden die Währungskämpfe der Vereinigten Staaten für die Zukunft des Silbers und für die Währungsverhältnisse der Welt von ausschlaggebender Bedeutung. Die amerikanische Regierung hätte das Schwanken des Silberwerts in der begonnenen Durchführung der Goldwährung nur noch mehr befestigen sollen. Statt dessen ließ sie sich in das Abenteuer hineintreiben, dem Silber durch Massenankäufe wieder in die Höhe helfen zu wollen. In den Jahren 1879/93 sind, obgleich es nur gelang, 57 Millionen Dollars in den Verkehr zu bringen, 1,8 Milliarden Mark in Silberdollars ausgeprägt, bezw. in Barren hinterlegt worden. Hievon lagerten am 1. Juni 1896 in den Staatskassen 1½ Milliarden Mark und dienten als Unterlage für die in dem entsprechenden Betrage ausgestellten Schatzamtnoten und Silbercertifikate.

Der in den Ver. Staaten vorhandene Gesamtsilbervorrat wird auf 2½ Milliarden Mark geschätzt; ebenso hoch der Goldvorrat; (die im Laufe dieses Jahrhunderts ausgeprägten Golddollars beziffern sich auf 7 Milliarden Mark).

An Staatsnoten (Greenbacks) sind noch rund 1,4 Milliarden Mark vorhanden; hievon waren am 1. Juli 1896: 905 Mill. Mark in Zirkulation, 485 Mill. Mark im Schatzamt. Dazu kommen noch 600 Millionen Mark Schatzamtnoten, die man zum Ankauf des Sherman silbers ausgegeben hat, und ca. 800 Millionen Mark Noten der Nationalbanken. Das ergibt einen Notenumlauf von 2—3 Milliarden Mark, welche bisher Regierung und Banken auf Verlangen in Gold einzulösen sich verpflichtet ansahen, da sonst ein Goldagio sich ausbilden würde. Daneben müssen die Silbercertifikate, rund 1 Milliarde Mark — obgleich sie nicht in gelbem Metall zurückgezahlt zu werden brauchen — doch ebenfalls paritätisch behandelt

werden. Eine bankmäßige Deckung aber für all diese kursierenden Scheine giebt es nicht. Für ihre prompte Einlösung gilt eine Goldreserve von 420 Millionen Mark als genügend; sie ist dies aber jedenfalls dann nicht mehr, sobald das Vertrauen auf die Einlösungsfähigkeit des Schatzamts erschüttert oder die Zahlungsbilanz des Landes passiv wird. So hat das Land heute eine Währung, die „nicht Fisch und nicht Fleisch ist“; für den Bankdeckungsdienst und usancegemäß auch für die Zahlung gilt die Goldwährung (darauf halten selbst die Vorkämpfer Bryans), als Umlaufsmittel aber dient ein durch entwertetes Silber gedecktes Papiergeld, das die Regierung bemüht ist, als dem Gold gleichwertig im Umlauf zu erhalten.*)

Von den Bimetallisten wird die Union als Doppelwährungsstaat ausgegeben, aber mit dem gleichen Recht, mit dem sie auch das deutsche Reich für sich reklamieren könnten. Auch in Amerika ist, wie bei uns

*) Heute liegen die amerikanischen Währungsverhältnisse folgendermaßen:

„The World“ berechnet pro 1896 den Vorrat an Golddollars auf 2,3, den an Silberdollars auf 1,7 Milliarden Mark; dazu kämen silberne Scheidemünzen im Betrage von 320 Millionen Mark. Der Papiergeldumlauf betrug nach derselben Quelle beziehungsweise nach dem Report of Compt. of the Currency pro 1892:

| | 1892 | 1896 |
|--|-------------|------|
| | Mill. Mark: | |
| Nationalbanknoten | 724 | 894 |
| Greenbacks | 1,394 | 1456 |
| | 2119 | 2350 |
| Treasury notes (Ges. v. 14. Juni 1890) | 481 | 603 |
| Gold Certificates | 505 | 213 |
| Silver Certificates | 1,363 | 1420 |
| Currency Certificates (Ges. v. 8. Juni 1872) | 44 | 283 |
| | 2393 | 2519 |
| | 4512 | 4899 |

R. P. Rothwell „The World Currencies“ schätzt den Geldvorrat pro 1895 folgendermaßen:

| Staaten. | Bevöl- kerung Mill. | Millionen Mark | | | | | Mark pro Kopf der Bevölkerung | | | |
|---------------|---------------------------|----------------|---------------|-------------------|---------------|-------------------------------------|-------------------------------|-----------------|-------------------------------------|-----------------------|
| | | Gold- geld | Silbergeld | | Zusam- men | Unge- decktes Papier- geld | Gold- geld | Silber- geld | Unge- decktes Papier- geld | Zusam- men rund |
| | | | Voll- geld | Scheide- münze | | | | | | |
| Ver. Staaten | 70,4 | 2472 | 2192 | 308 | 2500 | 1664 <small>163,2350</small> | 35 | 35 | 24 | 94 |
| Deutschland . | 51,2 | 2500 | 420 | 440 | 860 | 240 | 48 | 16 | 4 | 70 |
| England . . . | 38,9 | 2320 | — | 460 | 460 | 452 | 59 | 11 | 11 | 83 |

Außerdem zirkulieren, nach der Schätzung von „Sound Currency“, Heft 23⁹⁵, an Banknoten, durchschnittlich per Kopf in den Ver. Staaten für 325—340 M, in Großbritannien für 480 M (?); letztere Ziffer ist zweifelhaft, da im Ver. Königreich nur für rund 800 Mill. M Banknoten zirkulieren.

der Silberthaler, so dort der Silberdollar gesetzliches Zahlungsmittel. Aber im Verkehr kursieren an diesen Dollars weniger als bei uns an Thalern; 1893 wurde zudem die Prägung beziehungsweise der Ankauf von Silber eingestellt, die Regierung löst ihre Noten, von den Silbercertifikaten abgesehen, in Gold ein. Endlich ist in den Vereinigten Staaten die Goldklausel, im Unterschied von den Ländern der lateinischen Münzunion, ebenso zulässig als üblich. Sonach gehört die Union jedenfalls zu den Ländern mit goldparitätischer Währung. Nur fragt sich, wie lange noch? Das hängt von dem Gange der Freisilberbewegung und von dem Vertrauen des Auslands auf die fortdauernde Goldeinlösung der amerikanischen Verbindlichkeiten ab.

II.

Wie für die Sturmfestigkeit einer jeden Währung, so ist auch für die der amerikanischen ihr Verhältnis zum Kredit- und Auslandsverkehr der maßgebende Prüfstein. Der Kurs des Wechsels auf fremde Länder und der Grad der Kaufkraft, welche sie dem Landesgeld beimessen, ist das Kriterium für seine Voll- oder Unterwertigkeit. Dieser Maßstab wird durch den Vorrat an vollwertigem Kurantgeld und die Nachfrage hienach sowie durch den Stand der Staatsfinanzen, hauptsächlich aber durch die Zahlungsbilanz des Landes, durch die Sicherheit der Beziehungen zum Ausland beeinflusst. Die Handels- und Zahlungsbilanz der Union nun stellt sich folgendermaßen dar: Bei jeder Wahlrede wird gerühmt, wie die amerikanische Nation, als die größte der Welt, bei ihrer Währungsreform keinerlei Rücksicht auf das Ausland zu nehmen brauche. Thatsächlich aber ist das jungaufstrebende Land der alten Welt tributpflichtig und in seiner Weiterentwicklung von dem europäischen Kapital und Kredit abhängig. Namentlich bedarf eine wirtschaftliche Förderung des Westens und Südens noch viel, viel Geld. Heute schon ist europäisches Kapital in vielen Milliarden in den dortigen Staatsbonds, Eisenbahnlinien und Aktiengesellschaften angelegt; die Schätzungen des Betrags schwanken zwischen 6—15 Milliarden Mark. Zum mindesten muß das Land 4—500 Millionen Mark an Zinsen und Dividenden in Gold an Europa entrichten. Ebenso hoch belaufen sich die Ausgaben der amerikanischen Touristen, die Europa aufsuchen; im Jahre 1892, da 80 000 Amerikaner herüberkamen, berechnete man die Ausgabe auf nahezu 600 Millionen Mark. Die Goldsendungen der in der Union ansässigen Ausländer nach ihrer Heimat haben allerdings in den letzten Jahren bei dem schlechten Geschäftsgang nachgelassen, erreichen aber immerhin 50 Millionen Mark; nach Abzug von durchschnittlich 25 Millionen Mark, die vom Ausland im Postanweisungsverkehr eingezahlt werden, verblieb ein Abgangsposten von 33 Millionen Mark im Jahr 1896, von 45 Millionen Mark im Jahr 1893. Endlich hat Amerika, da es nicht genügend Kauffahrteischiffe hat, die europäischen Schiffe jährlich mit einer Fracht von etwa

130—200 Millionen Mark zu entlohnen. Diese Goldbeträge summieren sich zusammen auf jährlich 1 Milliarde Mark. Einen Teil dieses Betrags kann die Union, da sie, wie jedes noch weniger entwickelte Land eine aktive Handelsbilanz hat, mit dem Ueberschuß ihrer Ausfuhr decken. Er erreichte 1893/94 den hohen Betrag von 950 Millionen Mark, 1891/92: 815 Millionen Mark, genügte also wenigstens 1893/94 zur Ausgleichung des Schuldbetrags. Das ist aber eine Ausnahme; im Durchschnitt beträgt die Mehrausfuhr kaum 2—300 Millionen Mark, nämlich 1890/91: rund 160 Millionen Mark, 1892—93: 75, 1894/95: 260, 1895/96: 350 Millionen Mark. Das Manko dieser Zahlungsbilanz muß durch Wertpapiere oder Schuldaufnahme, und wenn der Kredit im Ausland erschüttert ist, durch Goldversendung gedeckt werden. So wurde seit 1889 für 1,4 Milliarden Mark mehr Gold aus- als eingeführt, während die Bilanz pro 1878/88 ein Mehr von 840 Millionen Mark zu Gunsten des Gold-Bezugs ergibt; scharf abgegrenzt hebt sich eine Reihe aufeinanderfolgender Jahre des Mehr-Bezugs von der anderen ab; die in Bankierkreisen verbreitete Ansicht, als ob die Union von jeher das Goldlieferungsland gewesen sei, ist nicht richtig. — Die Kurve dieser Goldversendungen zeigt, je nach dem Gange der Zahlungsbilanz große Sprünge; seit 1889 erreichte der Goldexport in den Sommermonaten eine excessive Höhe, so namentlich im Juni 1891, im Mai 1894 u. s. w., (dagegen kam im Spätjahr 1886, 1887, 1891 und namentlich bei dem Krach von 1893 im August desselben Jahres außerordentlich viel Gold vom Ausland wieder herein). — Die Beschaffung des erforderlichen Goldes nun bildet für das Schatzamt seit 1893 eine Quelle ständiger Verlegenheit. Zudem steht für das nächste Jahrzehnt eine Verschiebung der Zahlungsbilanz bevor: sie kann schon infolge einer Ermäßigung der Prohibitivzölle, muß aber voraussichtlich binnen weniger Jahre als eine naturgemäße Folge der weiteren Entwicklung des Landes eintreten; dürfte doch z. B. die Ausfuhr von Getreide, die jährlich 800 Millionen Mark beträgt, infolge des zunehmenden Eigenkonsums vielleicht schon im nächsten Jahrzehnt ihr Ende erreichen.

Die Verlegenheit des Schatzamts und die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit hat ihre Hauptursache in der übermäßigen, den Geldbedarf des Verkehrs weit überschreitenden Ausgabe von Silber, dem international weniger brauchbaren Zahlungsmittel, und in dem Wirrwarr von Greenbacks, Gold- und Silbercertifikaten, der sich aus der Nicht-einlösung des Staatspapiergeldes entwickelte und das Gold aus dem Verkehr verdrängte. Im Zusammenhang mit der Blandbill von 1878 nämlich wurde eine zweite Währungsmaßregel verfügt und die 1875 beschlossene Anordnung der Einziehung und Vernichtung der Greenbacks, da ihnen die Farmer und „Inflationisten“ eine mythische Kraft auf die Produktpreise und auf die Prosperität der Geschäfte zuschreiben, am 31. Mai 1878 sistiert. Schon von Gesetzeswegen also ist die Minderung der Menge der umlaufenden Greenbacks nicht gestattet. Zugleich bekommt das Schatzamt vom Kongreß die zur Deckung der etats-

mäßigen Ausgaben nötigen Mittel nicht verwilligt; 1895/96 hatte das Schatzamt ein Defizit von 100 Millionen Mark, 1894/95 von 170 Millionen, 1893/94 von 280 Millionen Mark. Die laufenden Verbindlichkeiten vermag es nicht anders zu decken, als dadurch, daß es die im Schatz befindlichen Greenbacks stets aufs Neue in Verkehr bringt. Dem Ausland gegenüber können die amerikanischen Touristen, Importeure und Schuldner nur Gold brauchen; sie haben, da seit 1893, bei der unsicheren Währungslage Gold immer wieder eingesperrt oder ins Ausland geflüchtet wird, Europa aber keine großen Kapitalien mehr in den Vereinigten Staaten anlegt, keinen anderen Ausweg, als die Greenbacks und Schatzamtnoten zu sammeln und beim Schatzamt zur Einlösung in Gold zu präsentieren. Das gleiche geschieht in gespannten Zeiten, wo jedermann vorsorglich oder zu spekulativen Zwecken einen Geldvorrat anzulegen sucht; im Oktober 1896 z. B. wurde hierfür dem Schatzamt täglich für eine Million Mark Gold entnommen.

So vermindert sich die Goldreserve ständig, je nach der Zahlungsbilanz oder der Marktstimmung, oder dem Zutrauen des europäischen Geldmarkts zu den amerikanischen Wertpapieren. In den letzten zwei Jahren ist die Goldreserve schon viermal unter das gesetzliche Minimum von 420 Millionen Mark gefallen, und das Schatzamt, um sich das für die stete Einlösung des Papiergelds nötige Geld zu verschaffen, ebenso oft zur Ausgabe von Bonds gezwungen worden; binnen zwei Jahren hat es zur Auffüllung seiner Goldreserve für über 1 Milliarde Mark Schulden gemacht. Der Goldexport überstieg den Import in den Fiskaljahren 1890/91 um den Betrag von 275 Millionen Mark, 1892/93 um 340, 1894/95 um 125 Millionen Mark. Angesichts dessen waren, sagt selbst Arendt (Reitsfaden, 17. Aufl., S. 59), „die Massenankäufe von Silber auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten, sonst hätte die amerikanische Valuta zur Silbervaluta werden müssen.“

Die Abnahme der Goldreserve des Schatzamts nun beunruhigt den Geldmarkt direkt, weil es, wie eine Art Bundes- oder Reichsbank die Kreditgewährung durch die paar hundert Nationalbanken reguliert, aber nicht, wie z. B. bei uns die Reichsbank, übermäßige Ansprüche an ihren Goldbestand durch Anziehen der Diskontschraube eindämmen kann. Der niedrige Stand der Goldreserve, wie er seit drei Jahren vorhanden ist, läßt daher, wegen der damit verknüpften Schwächung des Geld- und Kreditmarktes, die Gefahr einer Geldkrise, deren Rückschlag noch von 1893 her in sehr lebhafter Erinnerung steht, anhaltend in bedenklicher Nähe erscheinen.

Das Fazit der Silberpolitik ist: man wollte, unbekümmert um den Weltmarkt, den Silberpreis heben, eingetreten ist eine stetige Entwertung des Silbers und eine größere Abhängigkeit von dem Kredit des Auslands. Beide Versuche, die seit dem Sezessionskriege zerrütteten Währungsverhältnisse durch die Goldwährung, wie 1873, oder durch die Doppelwährung, wie 1878, wieder einzurichten, sind auf halbem Wege stehen geblieben. Nicht einmal gemildert wurden die

Schwankungen des Silberpreises; vielmehr wurden sie z. B. 1890/91 unter dem Einflusse der Shermanbill noch verstärkt, da dieselbe zu umfassenden Kurstreibereien Anlaß gab, die bald zusammenbrachen. Das verunglückte Experiment kostet der Regierung die hübsche Summe von über 600 Mill. Mark, um die das angekaufte Silber heute weniger wert ist. Doch kommt dieser Bar-Verlust kaum in Betracht gegen die tiefen wirtschaftlichen Schäden. Die Folge ist die Permanenzerklärung des Münzwirrwarrs, die übermäßige Vermehrung des Kreditgelds, die für den Staats- und Landeskredit eine ständige Gefahr bedeutet, der Abfluß des Weltgelds, Gold, und eine Erhöhung der Schuldenlast. Schon an sich ist es ein Widersinn, Hunderte von Millionen Zirkulationsmittel, die die Zirkulation nicht aufnimmt, zu schaffen, lediglich zu dem Zwecke, sie anstatt im Umlauf, in Gewölben unterzubringen, und ihren Wert zudem auf einem von Jahr zu Jahr sinkenden Metall zu basieren. Schon dieser Widersinn mußte unhaltbare Zustände erzeugen. Noch mehr aber wurden sie durch die Nichteinlösung des im Uebermaß ausgegebenen Papiergeldes verschlimmert; „die Folge,“ konstatierte im Mai 1896 das Newyorker Finanzbulletin, „ist, daß wir jederzeit um die gute Meinung des Auslandes besorgt sein müssen. Da wir eine Nation von Schuldern sind, welche sich noch immer nicht zu einer unzweideutigen Zusage entschließen konnte, daß sie ihre Verpflichtungen immer im besten Gelde einlösen werde, muß jede Beunruhigung des Auslandes bezüglich unseres Kredites amerikanische Anlagewerte zur Heimkehr zwingen; und das im Austausch dafür zu erlegende Gold hat natürlich das Schatzamt zu beschaffen. Jeder derartige Goldexport wirkt aber seinerseits deprimierend auf das allgemeine Geschäft.“

So hält die Gefahr eines Goldagios und einer sich daraus entwickelnden Krise die Geschäftswelt beständig in Sorge; anstatt das sichere Fundament für den Landeskredit und für die Zahlungen an das Ausland abzugeben, bildet das Landesgeld für beides eine ständige Bedrohung. Ohne die Einlösung dieses im Uebermaß ausgegebenen Papiergeldes ist eine Konsolidierung der Metallwährung unmöglich. Eine solche „Kontraktion“ der Umlaufsmittel aber hätte den geschlossenen Widerstand der „Inflationisten“ gegen sich. Es rächt sich hier die Jahrzehnte lange Verzögerung der Wiedereinlösung des Papiergeldes; infolgedessen hat sich namentlich unter den Farmern eine geschlossene Interessentengruppe gebildet, die von einer Wiederherstellung der Hartgeldzahlung eine „Kontraktion“ der Umlaufsmittel und eine Schädigung bei Rückzahlung ihrer Schulden und beim Verkauf ihrer Produkte befürchtet. Nachdem sich der Köhlerglaube von der „Inflation“ immer mehr im Volke eingelebt hat und feste Garantien gegen eine etwaige Senkung des Preisniveaus unmöglich gegeben werden können, hat die zur Tilgung notwendige Anleihe von 2—3 Milliarden Mark wohl auf lange Jahre hin keine Aussichten auf Annahme im Kongreß. Daher will von einer solchen radikalen Reform, natürlich vor allem der

Kandidat der Silberpartei, aber auch Mc. Kinley, nichts wissen und das ist für die Beurteilung des Wahlergebnisses der entscheidende Punkt. Konnte noch im Herbst 1895 der Clevelandsche Flügel der demokratischen Partei in Frage stellen, ob sie nicht die Einziehung der Greenbacks zum Ausgangspunkt des Wahlkampfes erheben solle, so ist heute die Begehrlichkeit der Masse so hoch gespannt, daß man ihr damit gar nicht kommen darf; so langatmig die Wahlreden sind, dieser Hauptpunkt wird auch nicht mit einer Silbe berührt.

Bezeichnend für das ganze Parteigetriebe ist der Verlauf des Reformversuchs des Schatzsekretärs Carlisle; er wollte Ende 1895 dem ständigen Druck und Risiko durch Einziehung der Greenbacks ein Ende machen und das Papiergeld allmählich durch in Gold einlösbare Banknoten ersetzt wissen. Aber dieser Plan scheiterte gerade an dem Widerspruch der republikanischen (!) Partei, die den Antrag dazu benützte, um den süd- und weststaatlichen Flügel der demokratischen Partei, der von jeher dem Silber zuneigte, lahm zu legen.

III.

Wie die Lage der amerikanischen Währung, so wird auch der Charakter der Silberagitation erst durch die Papiergeldpolitik richtig gekennzeichnet. Die Agitation hat zum allgemeineren Hintergrund die Greenbackfrage und das Ziel der unbegrenzten Vermehrung von Kreditgeld, gleichgiltig, ob es aus Silber oder Staatsscheinen besteht. Um dieses Ziel zu erreichen, erschien 1876 die Agitation der Minenbesitzer als ein geeignetes Mittel, sie ist aber im Grunde nur eine Episode in dem allgemeineren Kampfe der „Inflationisten“ um die systematische Geldverschlechterung.

Die Kerntruppen in diesem Kampfe und damit auch der Silberpartei bilden die bäuerlichen Grundbesitzer. Ihre Gefolgschaft datiert noch aus den Zeiten des Sezessionskriegs und der damaligen Papierwährung. In allen Ländern, die einen derartigen halbbankerotten Währungszustand gehabt haben, befestigt sich erfahrungsgemäß in den Landwirten die Ueberzeugung, daß derselbe vorteilhaft für sie sei. So trugen z. B. in England die Landwirte noch Jahrzehnte lang nach Wiedereinführung der Barzahlung ein Sehnen nach der infolge der napoleonischen Kriege eingeführten Papierwährung und riefen 1820—1840, obgleich sie damals die günstigsten Zeiten hatten, immer wieder, sobald nur der Kornpreis ins Wanken geriet, nach dem Heilmittel des Papiergelds oder der Geldvermehrung. Wer sich die Mühe nimmt, die Geschichte dieser Zeit zu studieren, wird Jahr für Jahr den Vorschlag auf Herabsetzung des Geldwertes, d. h. auf Erklärung des Staatsbankrotts wiederkehren sehen. Eine ähnliche Erfahrung machte man in Nordamerika, wo seit dem Bürgerkriege die Landwirte immer noch eine Vorliebe für das „weiche Geld“ (soft money) haben. Der Unterschied zwischen beiden Staaten besteht nur darin, daß in England die Regierung fest blieb, in der Union dagegen dieses Vor-

urteil von den Demagogen noch systematisch gefördert wurde. In der Union war infolge des Sezessionskriegs Staatspapiergeld (Bundesnoten, legal tender notes, „Greenbacks“) im Betrage von nahezu 2 Milliarden Mark ausgegeben und damit die Menge der Umlaufsmittel fast verdoppelt worden. Die damaligen Warnungen vor den späteren Folgen verstand man nicht einmal. Es bildete sich, da das Gold, nach bekannten Gesetzen, aus dem Verkehr verschwand, eine Goldprämie aus, die im Jahre 1864 bis zu 250% stieg. Entsprechend dieser Geldentwertung stiegen die Preise, namentlich das für die Kriegsführung doppelt gefragte Getreide und Fleisch um das 2¹/₂—3fache. Im Jahr 1866 wollte die Regierung an die Einlösung des emittierten Papiergeldes und an die Wiederaufnahme der Barzahlung gehen: aber nun trat die „inflationistische“ Bewegung auf, die das Vorhaben der Regierung als eine gefährliche Kontraktion der Umlaufsmittel bekämpfte. Die Gefühle der Farmer in ein System zusammenzufassen bemühte sich namentlich Carey, der Lehrmeister Kardorffs, sehr eifrig. Er trat für jede Vermehrung der Umlaufsmittel, insbesondere des Papiergeldes, sowie gegen die Einlösung der Greenbacks und die Emporhebung ihres Wertes zum Nennwert ein und kam glücklich zu dem seit einem Jahrhundert in seiner Nichtigkeit erkannten merkantilistischen Irrtum, daß ein Land um so mehr blühe, je mehr es Geld habe. Von den „Greenbacks“ waren bis 1868 über 500 Millionen Mark eingezogen worden; dagegen kursierten von den 1863 neugegründeten Nationalbanken über 1400 Millionen Mark Noten, die thatsächlich uneinlösbar waren. Die inflationistische Bewegung drang im Kongreß durch und hatte den Erfolg, daß von den Greenbacks überhaupt nur für ¹/₂ Milliarde Mark eingezogen und 1868 die Einziehung sistiert wurde. Verbündete gewannen sodann die „Inflationisten“ infolge des Silberpreissfalls an den Minenbesitzern. Hatten sie schon 1874 ein Gesetz auf weitere Ausgabe von Staatspapiergeld im Kongreß durchgesetzt, so erlangten sie nun 1878 mit vereinten Kräften die Blandbill, wonach die Ausgabe von Mehrgeld, wenn auch nicht in Papier, so doch in entwertetem Silber zu erfolgen hatte. Neues Leben kam in die inflationistische Bewegung durch die 1891 gegründete Volkspartei („Populisten“), der etwa eine Million Mitglieder, d. h. ¹/₁₀ der Wähler angehört. Diese amerikanischen Agrarier verlangen unumwunden nichts geringeres als die Ausgabe von weiteren 8 Milliarden Mark Staatspapiergeld; die Umlaufsmittel müßten rasch auf 200 Mark per Kopf erhöht werden. Dadurch hoffen die Farmer, „billiges“ Geld zu erhalten; der Geldwert solle heruntergedrückt werden, damit sie wieder die gleich hohen Preise, wie in den Kriegsjahren erhielten. Daß in den sechziger Jahren die Fabrikatpreise, Steuern und später auch die Löhne auf das Doppelte und Dreifache hinaufgeschneit sind, und der Aufschwung nach dem Krieg mit dem Silber so wenig zu thun hatte, als der in Deutschland nach dem 70er Krieg, das haben sie vergessen.

Bis vor wenigen Jahren konnten die Farmer, da ihre Produkte

zu hohen Preisen abgingen, nicht genug Land auf Kredit ankaufen. Auf einmal machte sich die südamerikanische, russische und rumänische Konkurrenz bemerklich: Fleisch erlitt seit den Jahren 1886 und 1887, Baumwolle, Weizen und Hafer 1892/94, Mais und Kartoffel 1895 einen rapiden Preisfall. Und doch verlangten die Banken, welche die Gelder zu den Landankäufen vorgeschossen hatten, selbstverständlich volle Bezahlung. Aus dem, was der Farmer baut, kann er Zins und Kapital nicht bezahlen; daher fordert er, daß seine Schulden durch die Entwertung der Valuta gekürzt werden. So sonderbar auch dieses Verlangen ist, so ernst ist es ihm damit. In Kentucky, Kansas, Dakota und den angrenzenden Staaten sind schon Tausende Farmer bankrott geworden und schweben Tausende in ständiger Angst vor der drohenden Subhastation. Was kümmern sie sich um Vernunftgründe? Schlimmer kann es nicht werden. Bryan verspricht einen Wechsel ihrer Lage; also versuchen sie es mal mit ihm.

In der Spekulation auf die Geldentwertung übertreffen die amerikanischen Agrarier sogar ihre europäischen Standes- und Gesinnungsgenossen. Beispielsweise erklärte Horace Boies, der Führer der Demokraten von Iowa, im November 1895, unumwunden, die dortigen Farmarbeiter erhielten einen Tagelohn von 1,15 Dollars; dieser Satz sei so hoch, daß er außer Verhältnis zu den gegenwärtigen Preisen der Landesprodukte stehe. Um ein entsprechendes Verhältnis herbeizuführen, gebe es keinen andern Weg als den der Verminderung der Kaufkraft des Geldes, in dem die Löhne bezahlt werden. In diesen Worten liegt eine so urwüchsige Offenheit, daß dadurch selbst unser „Bund der Landwirte“ übertroffen wird.

Wie also bei uns, so dreht sich auch in der Union der Streit hauptsächlich um die Gestaltung der Preisverhältnisse. Bei der Gemeinsamkeit der Berührungspunkte ist es wohl gestattet, die Versprechungen der dortigen Silberagitatoren noch näher darzustellen.

Den Ausgangspunkt bildet hiefür die längst überholte Quantitätstheorie, das alte Vorurteil, als ob der Warenpreis durch die Menge des vorhandenen Geldes bestimmt werde, und als ob man nur dieselbe zu vermehren brauche, um steigende Preise und zunehmende Prosperität herbeizuführen. Es seien, erklärt Bryan in jeder seiner Reden, nicht genügende Umlaufsmittel vorhanden, um die Geschäfte des Landes zu besorgen, deshalb habe das Gold zum Schaden des weißen Metalls an Wert zugenommen. Nun zeigt sich im Verkehr durchaus kein Bedarf nach mehr Silbergeld, sonst würde er ja die eingekesserten Silberdollars im Betrage von 1½ Milliarden Mark schon lange aufgenommen haben. Insbesondere haben die Vereinigten Staaten zur Zeit etwa denselben Betrag an Umlaufsmitteln, wie im Jahr 1892, wo doch das Geschäftsvolumen mindestens ein doppelt so großes gewesen, als heute. Damals wurde nicht über Mangel an Geld geklagt; wie können die Silberleute behaupten, daß man bei dem um die Hälfte verminderten Geschäftsbetriebe heute mehr Geld nötig habe? In Wirk-

lichkeit braucht man mehr Geschäfte, um das Geld thätig sein zu lassen. Die Union hat auch nicht einen unverhältnismäßig niedrigen Geldumlauf; es entfallen an Gold-, Silber- und Papiergeld auf den Kopf der Bevölkerung der Vereinigten Staaten 94 Mark, in England 83, in Deutschland 80 Mark; 1873, als die Geschäfte gut gingen, waren in den Ver. Staaten an Hartgeld 310 und an Kreditgeld 3010, zusammen 3320 Mill. Mark im Umlauf; 1889, da die Produktenpreise zu sinken begannen, und als das Heilmittel dagegen die Shermanbill betr. die Vermehrung der Silberankäufe erlassen wurde, waren schon 1920 Mill. Mark an Hartgeld und 3600 Mill. Mark an Kreditgeld, zusammen 5520 Mill. Mark vorhanden. Von 1878—1893 hat die Regierung mehr Silbergeld und durch Silber fundiertes Papiergeld ausgegeben, als alle europäischen Länder zusammen; die Warenpreise sind aber trotz der Erhöhung der Eingangszölle nicht gestiegen. Heute ist in den Vereinigten Staaten die Menge der Umlaufsmittel bedeutend größer, als vor zwei Jahrzehnten; sie ist seitdem gerade so angewachsen, daß darin die beste Widerlegung der Quantitätstheorie liegt; nach den Berechnungen des amerikanischen Schatzamts entfielen an zirkulierenden Umlaufsmitteln auf den Kopf der Bevölkerung 1870 : 73 Mark, 1878 : 62 Mark, 1895 : 94 Mark. Obgleich die europäischen Staaten eine vollständig verschiedene Währungspolitik verfolgt haben, hat sich doch hier wie drüben derselbe allgemeine Preisrückgang bemerkbar gemacht. Die fortwährende und enorme Vermehrung der Umlaufsmittel hat ihn nicht aufhalten können, weil er aus ganz anderen Ursachen entstanden ist, nämlich aus der Verbilligung der Produktion und des Transports. Diese Ursache wird durch die Geldvermehrung in keiner Weise getroffen. sie würde fortwirken, auch wenn es gelänge, den Geldwert herabzudrücken und die Preise künstlich zu heben. Diese preisdrückende Ursache kann der Staat wohl suspendieren, indem er in den Riß einsteht, aber eine derartige Intervention nützt erfahrungsgemäß den Beteiligten auf die Dauer wenig und ruiniert den Staatskredit. Erfolgt dann früher oder später der Zusammenbruch, dann sind die Nächstbeteiligten doppelt geliefert. Uebrigens ist ein Preis nicht gefallen, sondern gestiegen, nämlich der Preis für menschliche Arbeit. Und das bleibt für den größten Teil aller Menschen die Hauptsache. Selbst wenn die Warenpreise vollständig unverändert geblieben wären, so würde sich das Los aller Menschen gebessert haben, weil die Arbeitslöhne unleugbar gestiegen sind. Wenn der Arbeiter mehr verdient, so kann er auch besser leben. Die Durchschnittslohnrate in Amerika ist gegenwärtig beinahe 60 Prozent höher als in 1860 und etwa 20 Prozent höher als beim Schluß des Bürgerkrieges, (wo die Arbeiter mit entwertetem Papiergelde bezahlt wurden). Zugleich ist auch der Zins und Diskont beständig niedriger geworden und beträgt heute nur noch die Hälfte gegen früher.

Nun soll die Mehrausprägung von Silber nicht nur die Preise in die Höhe treiben, sondern auch die Geschäfte wieder mehr beleben. Das Geld des Landes, sagen die Silberleute, ist in New-York aufgespeichert; wird

mehr Geld geprägt, so fließt es den Geschäften und der Landwirtschaft zu. Sie meinen, weil das Kapital brach liegt, weil es schwer hält, Anleihen und Wechsel diskontiert zu erhalten, solle die Regierung noch mehr Kapital schaffen. Aber es fehlt keineswegs an Geld — das wäre, wie der niedrige Diskont und die Depositenausweise zeigen, in Uebermenge zu erlangen — sondern an Vertrauen, das das Geld flüssig macht, an der Neigung der Kapitalisten, ihr Geld in der Richtung, die den Silbermännern genehm wäre, anzulegen. Sollen sie es etwa in die Landwirtschaft stecken, um in einigen Monaten eine mehr oder minder große Kurseinbuße zu erleiden? Siegt aber je Bryan, so werden die Gläubiger mit dem Kündigen ihrer Hypotheken wohl flinker sein, als die Farmer und nicht warten, bis ihre Schuldner das sogenannte „billige“ Geld haben.

Ein Mißstand allerdings hängt wenigstens indirekt mit der gegenwärtigen Organisation der Umlaufsmittel und des Bankwesens zusammen und der besteht darin, daß der Agrarkredit für den tiefverschuldeten Farmerstand noch gar nicht ausgebildet ist. Wie der Farmer von der Gnade und Ungnade seines „general store keeper“ (Kaufmann) abhängt, wurde anschaulich im „Export“ vom 10. September 1896 geschildert. Der Kaufmann kreditiert bis zur Ernte den Lebensbedarf, wogegen er im Herbst den Weizen und die Schweine, nach einigen mageren Jahren schließlich die ganze Farm erhält. Hinter diesem Kaufmann stehen die östlichen Kapitalisten und Bankiers, die Getreidelager, die Bahn-, Spar- oder Versicherungsgesellschaften: ihnen schiebt der Farmer all sein Unglück in die Schuhe; mit Freuden würde er seinen Hypothekengläubiger in 53 Cents-Dollars befriedigen und dabei noch glauben, ihnen bloß das heimzuzahlen, was er durch Jahre unter der Tyrannei seiner Geldleute zu leiden hatte. Es fehlt dort an Hypotheken-, Noten- und Diskontobanken: aber auch das hierzu erforderliche Kapital kann nicht durch die Silberfreiprägung hervorgezaubert, sondern im Gegenteil, wegen des damit verknüpften Mangels an Vertrauen nur abgeschreckt werden.

Es erhellt hieraus, daß der Preisrückgang nicht die einzige Ursache dessen ist, was man Agrarkrise nennt. Eine andere Ursache liegt in der Abhängigkeit der Großgrundbesitzer vom Landeskredit, da ihnen, wenigstens in der Union, durchschnittlich nur 60 Prozent des Anlagekapitals zu eigen gehört. Die Landwirte, die gegen die Grundlagen des Landeskredits agitieren, unterwühlen damit nur die Grundlagen ihrer eigenen Existenz. Mit Rücksicht hierauf führte in seiner Rede vom 7. September 1896 Karl Schurz aus: „Die Farmer mögen wohl überlegen, wie sehr der Verkauf ihrer Stapelprodukte von der Fähigkeit der Banken abhängt, ihnen Geld für die Bergung und Bewegung (movement) der Ernte vorzuschießen. Sie mögen sich an 1893 erinnern, als infolge der Krisis in jenem Jahr die Bankmaschinerie nicht arbeitete, als die großen Getreidelagerhäuser plötzlich gezwungen waren, auszuverkaufen, und die Getreidepreise fielen, wie

Blei, das man ins Wasser wirft. Wollen die Farmer diese Erfahrung in zehnfach verschärfter Form noch einmal durchmachen? Dann brauchen sie nur das zu thun, was stets die Funktionierung des Banksystems in verhängnisvollerem Maße stört, als irgend etwas anderes, — nämlich mit Degradierung des jetzigen Wertmessers zu drohen.“ —

Noch durch ein anderes Schlagwort: „Kampf gegen die Plutokratie“, suchen die Silberdemokraten die Massen für sich einzufangen. Auch in den deutschen bimetallistischen Blättern wird die Sache so dargestellt, als ob es einen Kampf zwischen dem Großkapital und den Produzenten gelte, als ob, wie die Deutsche Tageszeitung vom 26. Oktober 1896 schrieb, der ganze Großkapitalismus zur Goldpartei gehöre. Wie es sich thatsächlich verhält, mag folgende Notiz beleuchten: die Hauptstütze für Bryans Wahlfeldzug bildet der Silberring, der in der Hauptsache aus 37 zehn- bis hundertfachen Millionären, aus den Minenbesitzern J. Mackay, W. A. Clarke, Hearst u. a. besteht. Dieser Silberring repräsentiert ein Vermögen von nicht weniger als 2500 Millionen Mark, eine riesige Macht bei der kleinen Zahl und der Geschlossenheit der Interessenten. Welche weiteren Motive auf Seiten der Führer noch mitspielen, mag die andere Thatsache andeuten, daß zu deren Kriegsschatz auch verschiedene Besitzer von Goldgruben beigesteuert haben. Letztere kalkulieren nämlich, daß ein Sieg der Silbersache einen sofortigen „Gold-Corner“ zur Folge haben werde, da für alle in Gold zahlbaren Papiere wie Bonds, Hypotheken u. s. w. der Wert in Gold verlangt werden wird, Gold zur Deckung also um jeden Preis beschafft werden müßte. Von freier Silberprägung erwarten die Goldgrubenbesitzer dann für sich „goldene Zeiten.“

Die Agenten dieser Magnaten nun spielen sich den Lohnarbeitern gegenüber als Sozialisten aus; sie versprechen mit dem Währungswechsel eine Art Staatssozialismus einzuleiten und die Macht der Newyorker Hochfinanz, der verhaßten Trusts und Monopole, die Geldmacht zu brechen. Silber wird als das Geld des armen Mannes, Gold als das Geld der verhaßten Trusts und Eisenbahnkompagnien, das Land als bankrott erklärt und die Schuld daran der Entthronung des Silbers aufgebürdet. Das Unterdrückungssystem der Goldleute beruhe auf den Währungs-gesetzen von 1873 und 1879 — die Demokraten heißen diesen Zustand, in dem für 2 Milliarden Mark Silber angekauft wurde, „Goldwährung“; diese Gesetze müßten durch ein Freiprägungsgesetz ersetzt werden, sonst breche eine blutige Revolution aus. Die irischen Arbeiter kizelt man dann noch durch eine Anspielung auf das Gläubiger- und Goldwährungszentrum London. Wie in England und Deutschland erhebt sich die Silberpartei zum Sammelpunkt der unzufriedenen Besitzenden, ähnlich wie die Sozialdemokratie derjenige der unzufriedenen Nichtbesitzenden ist: zwischen beiden Parteien besteht in der Kampfweise, in der pessimistischen Uebertreibung der Depression, in der Verhezung gegen die bestehende Regierung, in der Aufreizung

der Massen durch Versprechungen aller Art kein Unterschied. Gegen eine derartige Demagogie haben die Gutgeld-Leute einen schwierigen Stand; es ist unendlich schwer, bei einer darbenden Masse einen Gegner zu widerlegen, der ihr frischweg, unbekümmert um alle Lehren der Wissenschaft und der Geschichte verspricht, daß er ihr vermittels der Banknotenpresse oder Münzprägmaschine Hilfe und Verdienst bringen werde. Trotzdem wird all die Hezarbeit erfolglos sein und das Abstimmungs-Ergebnis zu der Selbst-Drapierung unserer Bimetallisten, mit der sie, wie seit Jahren, so noch bis heute (vergl. „Deutsches Wochenblatt“ vom 29. Okt. 1896) die gesamte Arbeiterbevölkerung der Union für ihre Fahne reklamieren, eine treffliche Illustration abgeben.

Der Währungssumsturz soll dazu dienen, um dem Kapital etwas von dem Anteil, den es aus der Erzeugung und Verwertung industrieller und landwirtschaftlicher Produkte zieht, abzurufen. Sollte aber je das Großkapital durch die Freiprägung Verluste zu befürchten haben, so ist es am ehesten in der Lage sich vorzusehen, oder etwaige Verluste überzuwälzen. Man kann den Kredit und die Produktion stören und das Kapital schädigen, aber eben darunter muß der Produzent leiden, ob er Kapitalist ist oder nicht; weder in der Industrie, noch in der Landwirtschaft kann der Kapitalist geschädigt werden, ohne daß der mitleidet, der von dessen Unternehmungen lebt und den man zu schützen vorgiebt. Ob der Kapitalist schließlich mit Gold oder Silber arbeitet, macht für den keinen Unterschied, der mit dem Kapitalisten oder für ihn arbeitet. Die Störung der Produktion durch die Silberagitation macht sich schon jetzt für die letztere Klasse viel empfindlicher fühlbar, als für die Kapitalisten selbst. Wie soll denn die Arbeit besser zu ihrem Recht gegenüber dem Kapital gelangen, indem man das Geld, den Wertmesser jeder Ware und der Arbeit, verschlechtert? Die Silberfreiprägung bedeutet doch die Halbierung des Dollars und des Lohnes. Die Regierung kann keiner Partei, weder dem Unternehmer, noch dem Arbeiter, durch Silbergeld das Geringste helfen, sondern höchstens alles in eine Konfusion stürzen, bei der der Arme weit schwerer leiden muß, als der Reiche. Wer die Kosten einer Uebergangskrise zu tragen hat, das sind doch in erster Linie immer die Leute, deren Kapital in ihrer Hände Arbeit besteht. Wie bei den Landwirten, so ist es auch bei den Arbeitern nur eine selbstmörderische Politik, die ihnen die Silberdemokraten aufzuschwätzen suchen.

IV.

Vor dem diesjährigen Wahlkampf spielte die Stellung zur Währungsreform eine entscheidende Rolle für die Parteigruppierung noch nicht. Die beiden alten Parteien waren bisher in dieser Frage gespalten, beide hatten vor allem auf die Wahlstimmen der westlichen Minendistrikte Rücksicht zu nehmen. Seit 1880 haben daher beide zugleich auf ihrem Programm: „Bimetallismus“ zum Ködern der Silberleute und „Gut Geld“, oder „Erhaltung der Parität des Gold-, Silber- und Papier-Dollars“ für die Goldmonometallisten. Was ist aber „Gut Geld“? Den Silbermann

ließ man auf dem Glauben, daß dies der Silberdollar, den Goldmonometallisten darauf, daß es nur der Golddollar ist. Auf Seite der Republikaner war bisher wenigstens die Majorität gegen jede Bevorzugung des Silbers, ihr Kandidat Mc. Kinley aber gilt auch heute noch als unsicher. Umgekehrt war auf Seite der Demokraten Cleveland zuerst mit Bland, dem Vertreter der westlichen Minendistrikte und dem Vater des Silberaufkaufgesetzes, vor 1878 Arm in Arm gegangen, bis er durch seine Erfahrungen als Präsident zur Goldwährung bekehrt wurde und nun mit seinen Parteigenossen des Nordens einig ging.

In das Gesetz vom 1. November 1893, das die Silberankäufe sistierte, wurde, zur Beschwichtigung der Silberfreunde, eine Erklärung des Kongresses aufgenommen, daß die Regierung sich an die fortgesetzte Verwendung von Gold und Silber als Geld als gebunden erachte und ein Doppelwährungssystem anstreben solle, das jedem von den Vereinigten Staaten ausgegebenen Dollar gleichen vollen Wert sichere.

Diese Bestimmung wurde sofort im Frühjahr 1894 von den Interessenten als Ausgangspunkt für die Silberagitation benützt. So energisch sie schon seit Jahrzehnten agitiert hatten, diesmal hofften sie durch die Präsidentenwahl die Münzstätten ganz in ihre Hand zu bekommen. Damit ihre Interessen zum Mittelpunkt des Wahlkampfes erhoben würden, verdoppelten sie ihre Anstrengungen und eröffneten den Feldzug außergewöhnlich früh. Hatten die englischen Bimetallisten 2 Millionen Mark für den Agitationsfonds gezeichnet, so brachten die Minenbesitzer das Zehnfache davon zusammen. Erst im Frühjahr 1895 rüttelte die drohende Gefahr, wie in England und Deutschland, endlich auch in der Union die Gutgeldleute auf, die bisher dem bimetallistischen Treiben in beschaulicher Ruhe zugeesehen hatten.

Wie sich die beiden herrschenden Parteien zu diesem Liebeswerben verhalten würden, ließen sie absichtlich so lange als möglich ungewiß. Bis Mitte 1896 wetteiferten beide Parteien darin, ihren Freunden eine Brücke durch diplomatische, zu nichts verpflichtende Formulierungen zu bauen.

Das Schwanken und Herumtasten der Parteien erklärt sich aus dem wirtschaftlichen und politischen Gegensatz zwischen dem Nordosten einerseits und dem Süden und Westen andererseits. Dieser territoriale Gegensatz differenziert sich sodann noch nach den einzelnen Erwerbsklassen.

Radikale Freunde der Silberfreiprägung sind seit den siebziger Jahren zwei Interessentengruppen, in erster Linie die Minenbesitzer, die für die Politik des Weichgelds das Hartgeld, namentlich auch der Presse gegenüber, nicht sparten, und dann die Landwirte, letztere wenigstens in ihrer Mehrheit, der jeder Weg recht ist, wenn er nur zu ihrem Ziele: „übermäßig hohe Geldvermehrung“ führt. Für die Goldwährung treten hauptsächlich die Geschäftsleute des Ostens ein. Zwischen beiden Extremen giebt es eine Menge verschiedenerlei Schat-

tierungen, die sich, je nach den Aussichten des Wahlkampfes, dem nationalen oder internationalen Bimetallismus, der jedermann freizustellenden oder der der Regierung vorzubehaltenden Silberausprägung zuneigen.

Eine Kombination der agrarischen Tendenzen mit den Bergwerksinteressen war um so leichter, als sich ihre Gruppierung naturgemäß aus der wirtschaftlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten ergibt. Im Nordosten nämlich, in den Territorien New-York, Pennsylvania, Illinois u. s. w. befinden sich die großen Industrien; der Wert ihrer Fabrikate beträgt jährlich 14 Milliarden Mark, der der übrigen Staaten nur 3¹/₂ Milliarden Mark. Neben der Großindustrie ist dort auch die ganze Kommunikation, der Einfuhrhandel und das Eisenbahnwesen sowie die gesamte Kapitalmacht beisammen. Dem dortigen Kapital und der dortigen Initiative verdankt der Süden und Westen seine wirtschaftliche Entwicklung. Dafür ist er aber auch in industrieller und kommerzieller Richtung von Wall Street abhängig, wo seine Hypothekengläubiger, seine Eisenbahndirektionen, seine Exportkommissionäre sind. In diesem unbehaglichen Abhängigkeitsgefühl steht der Westen und Süden vereint gegen den Osten, gegen die Uebermacht der nordatlantischen Häfen, gegen die Konkurrenz der östlichen Fabrikate, gegen die Willkür der New-Yorker Eisenbahnkompagnien, gegen die Diktatur des dortigen Großkapitals. Dem Westen gehören nun auch die Staaten an, die Silber produzieren und in denen der Silberdollar auch zirkuliert. Um Wall-Street zu ärgern und die Rentabilität der Silberminen zu steigern, um gleichzeitig auch die eigenen Hypothekenschulden womöglich zu erleichtern, dafür waren die Wählermassen im Westen schon früher zu haben. Die Silberfrage ist nur ein Symptom von den Emanzipationsbestrebungen des Südens und Westens, der, wenn die gegenwärtige Heze fortgesetzt wird, dem Osten bald erbitterter gegenüberstehen wird, als vor Ausbruch des Sezessionskriegs. Schon zu Anfang 1896 haben die Silberstaaten, Colorado voran, mit der Sezession und Begründung einer eigenen Silberrepublik gedroht, wenn nicht der neue Präsident die staatlichen Silberankäufe wieder aufnehme. Das Land ist, wie 1860, in zwei Lager gespalten; es liegt ein Interessengegensatz vor, der sich allmählich, namentlich bei der rapiden Entwicklung des Westens, überbrücken ließe, der aber durch die gegenwärtige Massenaufhebung so verschärft worden ist, daß die Präsidentschaftswahl, mag sie ausfallen wie sie will, eine Entscheidung und Beruhigung nicht bedeutet.

Ob für den Feldzug wirklich die Silberfreiprägung zum „issue“, zum Feldgeschrei, erhoben werde, hing von ihrer voraussichtlichen Zugkraft auf die Menge ab. Daß sich die demokratische Partei schließlich hiezu entschloß, erklärt sich folgendermaßen: die Folgen der Krise von 1893 erweisen sich als weit einschneidender und andauernder als bei früheren finanziellen Störungen; der auf dem Geschäftsleben lastende Druck will immer noch nicht weichen; eine der Ursachen hiefür liegt

augenscheinlich im Schwanken der Silber- und Zollpolitik; der kaufmännischen Unternehmungslust fehlt die erste Voraussetzung des Wiederauflebens, nämlich Stabilität der Verhältnisse. Der Unmut aber und die allgemeine Mißstimmung, die noch durch die Aufdeckung der schwindelhaften Mißwirtschaft verschiedener Eisenbahnverwaltungen erhöht wurde, kam der Silberpartei gelegen: sie gab als Ursache der Geschäfts- und Arbeitslosigkeit das aus, wodurch diese doch im August 1893 greifbar gemildert worden war, nämlich die Suspension der Silberankäufe.

Der amerikanische Wahlkampf ist ja nicht ein Streit um ideale Prinzipien, sondern ein Ringen um die Aemterverteilung und um staatliche Lieferungen. Hierbei siegt diejenige Partei, welche die andere in Versprechungen überbietet, und für dieses Lizitationsverfahren erschien der demokratischen, aber noch bis Mai 1896 auch der republikanischen Partei das Schlagwort der „nationalen“ Freiprägung des Silbers als das chancenreichere, zumal kein anderer Programmpunkt sich so sehr dazu eignet, Versprechungen ins Blaue hinein zu machen und die Begehrlichkeit der Massen aufzustacheln. Auf der andern Seite befürchteten manche Politiker den frühzeitigen Ausbruch einer Krise, die dann ihnen, wenn sie nicht feste Währungsprinzipien aufstellten, zur Last geschrieben werden und ihre Sache gefährden mußte. So waren bis zum Juni 1896 beide Parteien, die republikanische wie die demokratische darin unschlüssig, ob sie die Silberfreiprägung in Verbindung mit der Tarifierhöhung auf ihr Panier erheben sollten oder nicht. Noch im Frühjahr 1896 hatte Mc. Kinley es verstanden, die Mittelstaaten durch seine Hinneigung zum Silber zu gewinnen; auf einmal hieß es in dem republikanischen Lager, „nur mit einer guten Währungsplanke könne man siegen“, und in diesem Gefühle wie auch in der Hoffnung, den Demokraten die ausschlaggebenden Nordoststaaten, die wohl auch den reichsten Wahlfonds beisammen haben, wegzufangen, machten noch in der letzten Stunde die Anhänger Mc. Kinleys eine entscheidende Schwentung gegen die freie Silberprägung. Angesichts dessen gelang es den Silberfreunden, in der demokratischen Partei die Oberhand zu gewinnen. —

Das kursierende Geld, insbesondere die Silberdollars und die Silbercertifikate, sind heute noch vollwertig, d. h. gleichwertig mit dem Goldgeld, obgleich das Rohsilber auf dem Weltmarkt nur die Hälfte von dem gilt, wie es ausgemünzt wird. Die amerikanische Regierung konnte bisher die Vollwertigkeit aufrecht erhalten, da sie die Ausbringung von Silbermünzen nicht zu sehr übertrieb und 1893 ganz einstellte. Außerdem kam ihrem Bestreben eine Reihe besonderer Umstände zu Hilfe. Insbesondere bejaß das Schatzamt, Dank der aktiven Handelsbilanz, stets den nötigen Goldfonds, und Cleveland das feste Vertrauen des Auslands, daß er zur Erhaltung der Goldzahlungen gewillt und imstande sei.

Nun wollen die Anhänger Bryans, das Schatzamt solle eine unbegrenzte Menge Silber in dem, dem Marktpreis widersprechenden Verhältnis von 1 : 16 ankaufen und ausprägen. Sie erklären sich ferner

gegen die Erhaltung eines Goldfonds und behaupten, daß das Silbergeld lediglich durch das „Fiat“ des Kongresses vollwertig bleibe. Sie bekämpfen endlich die Bestimmung der Blandbill von 1878, in der die Rechtsverbindlichkeit der Goldklausel und die Goldeinlösung der auf Gold lautenden Noten aufrecht erhalten worden ist; das Recht auf Goldzahlung soll den Gläubigern der Regierung wie auch den Privatgläubigern, selbst dann, wenn Goldkontrakte vorliegen, genommen werden. Die Geldvermehrung wird als das Heilmittel gegen alle Leiden gepriesen, und doch steht als deren Ergebnis vor aller Augen: die Verdrängung des Goldes aus dem Verkehr, die Erschütterung des Kredits des Landes auf den europäischen Geldmärkten, die empfindliche Steigerung seiner Abhängigkeit von dem Vertrauen der Alten Welt und die Wiederkehr von Goldkrisen, wie die von 1893, oder von Bankderouten wie der vom Dezember 1895 und vom Juni 1896. Wenn die Lehren der Geschichte nicht nur dazu da wären, um vergessen zu werden, so müßten allein die verschiedenen mißglückten Versuche, welche in den Vereinigten Staaten gemacht wurden, um das Silber in das Währungssystem einzufügen und für die Bankdeckung zu verwenden, nicht nur in der Union, sondern vor allem auch in Deutschland eine Silberpartei unmöglich machen.

Indes zur Belehrung des amerikanischen Volkes hat das teure Lehrgeld noch nicht genügt. Allerdings ist der Hauptgrund, aus dem die Silberfreiprägung zur Parteidevise erhoben wurde, in der Spekulation der Demokratie auf die beutelustigen Scharen zu suchen, die sich in die kommunistische Vorstellung hineingelebt haben, der alte Traum des „Teilens“ werde durch die Silberfreiprägung verwirklicht werden. Der Masse ist es sehr gleichgiltig, ob das Silber je wieder auf seinen wahren Wert gebracht wird; ihr eigentliches Ziel ist die Abstoßung der Hälfte aller Schulden im Wege der Geldentwertung d. h. eine verschleierte Räuberei. Und wo es sich um die Gewinnung der Masse, durch Aufstellung momentan unkontrollierbarer Behauptungen und unverbindlicher Versprechungen handelt, da ist das Währungsproblem das geeignete Feld: sie begeistert sie um so mehr, je fecker ein Agitator in seinen Behauptungen und Versprechungen ist. *)

*) Unsere Bimetallisten haranguieren die landwirtschaftlichen Vereine seit Jahren mit der Phrase, daß die Währungsfrage für jedermann leichtverständlich sei. Die Probe auf diese Behauptung kann man bei dem derzeitigen Kampf in der Union machen: die Währungsfrage an sich ist durch dieses monatelange fieberhafte Ringen einer 71 Millionen umfassenden Nation um Wahrheit und Klarheit, bei dem täglich, sobald sich nur zwei Männer zusammenfinden, die Argumente gegen einander abgewogen werden, im Wesentlichen nicht mehr vereinfacht und klargestellt worden. Wohl aber hat sich wiederum erwiesen, wie sehr sich diese verwickelte Frage für die Spekulation auf die Dummheit und Begehrlichkeit der Masse eignet. „Die Amerikaner“, so meinte im Juli 1896 die New-Yorker Staatszeitung, „bilden sich bis heute ein, ein besonders intelligentes Volk zu sein. Wären sie es, so hätte der Silberwahnsinn nicht so um sich greifen können, denn er ist das Resultat einer grenzenlosen Begriffsverwirrung, für welche es leider gar keine Lösung zu geben scheint. Es mag sein, daß bei andern Nationen das Ver-

Was sind nun die voraussichtlichen Folgen des Sieges der republikanischen oder der demokratischen Partei?

Vorerst ist mit der Wahl des Präsidenten nur die Verteilung der Ämterbeute entschieden. Der Präsident für sich allein darf, wie schon S. 1 dargelegt worden, ein Gesetz nur „votieren“, die Entscheidung über die Landeswährung aber steht dem Kongreß zu. Nun besteht zwar im Senat vorerst noch die Mehrheit aus Anhängern der Silberpartei; im Februar 1896 wurde ein Antrag auf Silberfreiprägung von ihm mit 42 gegen 35 Stimmen angenommen, aber im Kongreß mit 216 gegen 91 Stimmen verworfen. Andererseits ist der Ausgang des Wahlkampfes für die spätere Zusammenlegung der beiden gesetzgebenden Körperschaften von symptomatischer Bedeutung, schon weil sich die Ämterjäger auf Seite des Siegers schlagen. Dringt Mc. Kinley durch, so dürfte vielleicht der Senat am 4. März 1897, an welchem Tage für 19 Freisilberleute und 11 Gutgeld-Senatoren der Termin abläuft eine — wenn auch kleine republikanische — Mehrheit erlangen. Siegt Bryan, so kann der Kongreß „versilbert“ werden. Was würde dann weiter geschehen? Für die nächste Uebergangszeit läßt sich das überhaupt nicht zum voraus feststellen. Aber auch für die Folge ist die Konstellation viel zu kompliziert; für uns kann es sich hier lediglich um die währungstechnische Seite und darum handeln, gleichsam die Probe auf das Exempel zu machen. Nie-

ständnis wirtschaftlicher Fragen nicht besser ist; dann aber haben sie das Glück, daß Unwissenheit und Dummheit nicht so viel zu sagen haben. Die Dummen müssen bescheiden sein. Es gehörte amerikanischer Hochmut vereint mit amerikanischer Unwissenheit dazu, um den Blanditen zu einer Stellung zu verhelfen, die das Land lächerlich macht, vielleicht sogar ruiniert. Wir machen gar keinen Hehl daraus, daß es der krassste Unsinn ist, die Währungs- und die damit zusammenhängende Bankfrage durch das „zu Gericht sitzende Volk“ direkt entscheiden zu lassen. Trotz aller „Kampagne der Erziehung“ verstehen von den 13 oder mehr Millionen Wählern kaum so viele Zehntausende diese Frage. Bryan befindet sich nicht unter diesen.“

Welchem Verständnis die Wertrelation 1 : 16 und die pro Kopf („per capita“) berechnete Währungsstatistik begegnet, zeigen folgende Lesarten, die während des Wahlkampfes mit voller Ueberzeugung ausgesprochen und geglaubt wurden:

a) die Regierung ist verpflichtet, so oft sie einen Golddollar präge, 16 Silberdollars auszuprägen;

b) 16 Silberdollars sollen so viel Wert haben, als 1 Golddollar;

c) die Regierung muß für jede Person 16 Dollars ausprägen, so daß so viel je auf den Kopf entfällt;

d) die Regierung hat jedem 16 Dollars zu geben; in einer Zeitung in Alabama findet sich ein Brief abgedruckt, in dem ein Mann das Wertverhältnis von 16 : 1 deshalb billigt, weil er auf diese Weise 80 Dollars für seine aus 5 Köpfen bestehende Familie zu erhalten habe;

e) in Nord-Karolina erklärten sich die Farbigen gegen Bryan, weil er jedem Weißen 16 Dollars, den Farbigen aber nur einen Dollar verschaffen wolle.

So scherzhaft dies ist, so bitterer Ernst liegt in der Lehre, wie schwer es ein Land büßen muß, wenn eine Partei den Währungssturz für die Zwecke des politischen Stimmenfangs proklamiert.

nach können wir die Frage nur dahin richten: welche Entwicklung wird die amerikanische Volkswirtschaft unter Mc. Kinleys oder Bryans Programm nehmen?

Näher besehen, hat Deutschland keinen Grund, sich für das eine oder andere Programm besonders zu erwärmen; denn beide stehen im Dienste des das Ausland systematisch bekämpfenden Nativismus. Mc. Kinley will die fremde Industrie direkt durch Anziehen der Zollschraube, Bryan indirekt durch das Goldagio prohibieren. Beide streben eine künstliche Preiserhöhung an, Mc. Kinley im Wege der Zollerhöhung, Bryan durch Vermehrung der Geldmenge und Senkung des Geldwerts. Ziel und Mittel ist von dem einen so unlogisch und so gefährlich, wie von dem andern. Beide meinen, mit einer künstlichen Verteuerung der Waren sei alles geschehen, während darauf doch immer wieder die Reaktion und Krise nachfolgen muß. Ob diese künstliche Verteuerung im Wege einer unvernünftigen Zollerhöhung oder der Silberfreiprägung erfolgt, läuft auf dasselbe hinaus. Beide Mittel stürzen das schwer erschütterte Erwerbsleben der Vereinigten Staaten, anstatt es zu beruhigen und zu befestigen, in neue Konvulsionen. Insbesondere würde die Unsicherheit der Lage und die allgemeine Depression, wollte sich je die Union in einen Zollkrieg mit Europa stürzen, nicht weniger verschärft, als durch die Entfesselung des Silberfanatismus.

Immerhin ist von beiden Uebeln das Mc. Kinley'sche das geringere. Sein Sieg soll nach Ansicht unserer Bimetallisten den Beginn eines Goldkampfes zwischen Europa und Amerika, das Ende der Goldfülle und der niedrigen Diskonte bedeuten. Wir befürchten das nicht, und zwar schon deshalb nicht, weil dieser Gold- und Diskontkrieg seit zwei Jahrzehnten unermüdlich prophezeit wird, aber noch nie eingetreten ist. So gut die Ansammlung eines Goldschatzes von 2 Milliarden Mark durch Rußland und von 700 Millionen Mark durch Oesterreich-Ungarn ohne Störungen des Geldmarktes gelungen ist, ebenso gut würde dies den Vereinigten Staaten gelingen. Im Gegenteil ist das Ausbrechen eines Diskontkriegs mit dem Durchdringen des Freiprägungs-Programms viel wahrscheinlicher: denn in diesem Falle dürfte noch mehr Gold, als in den letzten Wochen geschehen, dem Markt entzogen und in die Privatkassen, sei es zu spekulativen Zwecken oder zum Schutz gegen gefährliche Währungsexperimente eingesperrt werden. Dagegen erbringt und bedeutet jede Festigung des Vertrauens des Publikums auf die Währung das gerade Gegenteil einer Goldknappheit; es kommen die eingesperrten Goldvorräte wieder zum Vorschein, es verschiebt sich namentlich die Zahlungsbilanz, insofern die europäischen Kapitalisten den amerikanischen Unternehmungen und Schuldverschreibungen wieder mehr Interesse entgegenbringen und damit einen naturgemäßen Kapital- und Goldzufluß hervorrufen. Der Bimetallisten Rechnung kann nie stimmen, weil sie, in ihrer zu mechanischen Auffassung des Geldverkehrs, eben diese völkerpsychologische Tatsache der Macht des allgemeinen Vertrauens und der Marktstimmung nie berücksichtigen.

Was die Zollerhöhung anbelangt, so veröffentlichten die Anhänger Mc. Kinleys, an ihrer Spitze Expräsident Harrison Ende September eine Erklärung, daß bei einem Erfolg der Republikaner an eine Wiederbelebung des Hochschutzzolltarifs nicht zu denken sei und der Stabilität Rechnung getragen werde, um nicht Handel und Wandel, die ohnehin so schwer darniederliegen, von neuem zu gefährden. Daß es Harrison und Genossen mit dieser Erklärung ernst ist, geht schon daraus hervor, daß sie eine Erhöhung des Zolltarifs nur durch Konzessionen an die demokratischen Silberleute erkaufen können. Vor einem Jahre hätte die Wahl Mc. Kinleys den Sieg des Hochschutzzolls bedeutet; heute ist diese Zollfrage ganz in den Hintergrund getreten und bedeutet die Mc. Kinley-Administration in erster Linie den Sieg der bestehenden Währung und damit, wie Lexis sich ausdrückt, „des Rechtsgefühls und gesunden Menschenverstandes über eine brutale und revolutionäre Demagogie.“

Wie nun, wenn Bryan und der Silberdollar siegt? Die Besitzer amerikanischer Papiere werden, da die meisten Schuldverschreibungen auf Gold ausgestellt sind, vorerst die weitere Entwicklung abwarten können. Die Frage ist: wird ein „Boom“ oder ein Krach eintreten? Um diese Frage dreht sich heute in der Union der ganze Währungsstreit. Die Antwort dürfte sich aus der augenblicklichen gespannten Lage und dem demagogisch-inflationistischen Charakter der Freisilberagitation ergeben. Was die letztere am meisten gefördert hat, war das Umschmeicheln der Menge und ihrer Instinkte, der Farmer, der Arbeiter, der Nativisten. Nun weist heute schon die allgemeine Geschäftslage eine verzweifelte Ähnlichkeit mit derjenigen vor dem Ausbruch der Krise von 1893 auf. Die erste Ursache hiezu nämlich gab der Sieg der Monroedoktrin auf wirtschaftlichem Gebiete, wie er im Jahre 1889/90 im Mc. Kinley-Tarif, im „Pan-Amerikanismus“ und in der Sherman-Akte zum Ausbruch kam und das Vertrauen der europäischen Gläubiger erschütterte. Dazu gesellte sich die bedenkliche Verschlechterung der Finanzen der Union: die Ausschöpfung des Schatzamtes durch die Erhöhung der Pensionen, die Abschaffung des Zuckerzolls und die Zahlung der Zuckerprämie. Dann traten die Betrügereien im Eisenbahnwesen und in einigen großen Aktienunternehmungen und in Trusts zu tage, wodurch das fremde Kapital noch mehr stutzig gemacht wurde. Durch die Herausziehung von Kapitalien in Gold aber wurde nun die Silberfrage brennend und gefährlich. Für den Wiederausbruch einer ähnlichen Krise liegt heute schon, wie die Börsenderouten vom 20. Dezember 1895 und 15. Juni 1896 zeigen, Zündstoff genug vor. Bryan nun wird zu dem Zwecke gewählt, daß er die versprochene Senkung des Geldwerts und eine dementsprechende Hebung der Warenpreise durchführt. Als Präsident würde er zwar wohl schon in einigen Monaten vor den Folgen des wahnwitzigen Mittels zurückschrecken, sobald einmal das Schatzamt alles angebotene Silber, das heute kaum 90 *M* per Kilogramm gilt, um 170 *M* per Kilogramm anzukaufen hätte. Aber eine andere Frage ist, ob er die Geister los wird, die

er gerufen. Nun ist das Vertrauen des in- und ausländischen Publikums ohnehin so erschüttert, daß es weitgehender Experimente gar nicht bedarf, bis der Kredit ganz schwindet. Sobald aber dieser Fall eintritt, wird das Gold thesauriert oder verschifft und ist es um die Aufrechterhaltung der Währungsparität oder der Doppelwährung und des Silberpreises, um die Vollwertigkeit der Silberdollars und der Silbercertifikate, geschehen. Silber würde Bryan natürlich genug bekommen, in den ersten Monaten wohl gleich für eine Milliarde Mark; aber mit der Goldeinlösung und Vollwertigkeit der dagegen auszugebenden Certifikate wäre es bald vorbei. Amerika hätte eine Silberwährung mit schwankendem Kurs, der voraussichtlich, wie die Gewinnung und Einfuhr von Silber eine steigende, so eine sinkende Tendenz verfolgen würde. Dabei wäre es zwar schon möglich, daß die Verschlechterung der Valuta bald in einer gewissen Erhöhung der Warenpreise zum Ausdruck gelangt; sicher aber würde die Nervosität der Geschäftsleute und die Aengstlichkeit der Kapitalisten noch mehr gesteigert. Deshalb erscheint es als wahrscheinlicher, daß, noch ehe die Geldentwertung ihre Wirkung auf den Preisstand ausüben kann, eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz und eine Geldkrise eintritt, unter der sich nicht eine regere Kauflust und damit die versprochene Preiserhöhung, sondern im Gegenteil ein Preis- und Geschäftsdruk einstellen müßte. Welchen Tiefstand dann die amerikanische Valuta erreichen würde, das läßt sich nicht ermessen. Die finanzielle Kalamität würde sich in einer Weise auswachsen, die an argentinische Zustände erinnern und den internationalen Bimetallismus wohl für längere Zeit unmöglich machen dürfte. Im Gefolge damit würde weiter eine Verschlechterung der Wechselkurse und eine Schwächung der amerikanischen Kauf- und Konjunktionskraft eintreten, unter der unsere Handelsbeziehungen noch mehr zu leiden hätten, als unter der von Mc. Kinley zu befürchtenden Zollerhöhung. —

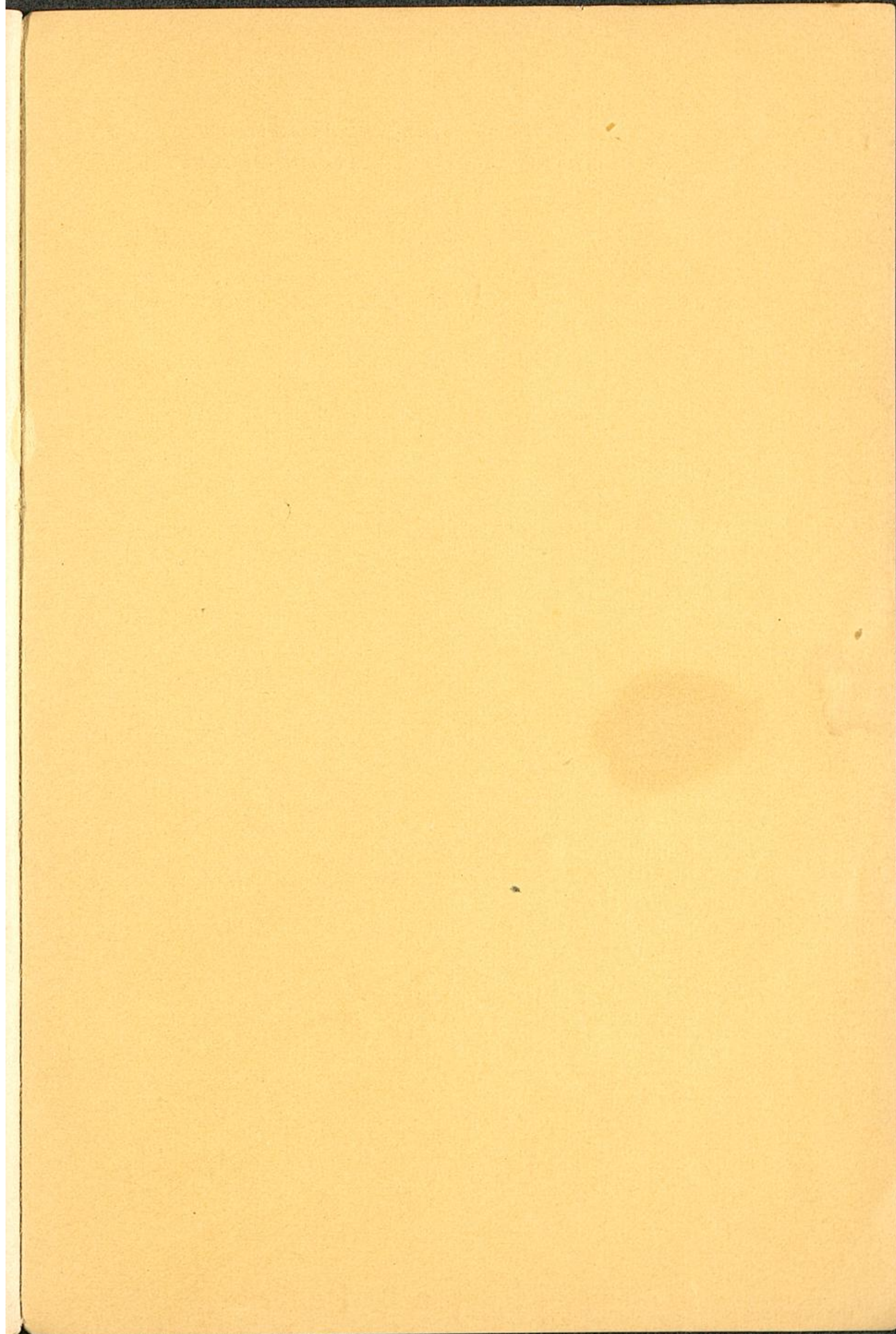
Am besten bei dem Wahlkampfe werden unsere Bimetallisten fahren. Im vorigen Jahre reklamierten Kardorff und Genossen die ganze Union und mit Nachdruck sogar die Angehörigen der „Sound money party“ für ihre Partei. Im September 1896, auf dem Bester Agrarkongreß, gaben sie ihrer Seelenverwandtschaft mit Bryan durch eine Adresse Ausdruck, in der sie ihm soufflierten, der amerikanische (!) Farmer werde durch den Silberkurs (!) der mit ihm konkurrierenden Länder, (nämlich Argentiniens, Rumäniens, Rußlands!) um allen Lohn für seine Arbeit beraubt und daran seien des Farmers Gläubiger schuld, — eine so tiefsinnige Phrase, daß nicht einmal ein Bryan sie nachzusprechen wagte. So haben sie ihre Sache aufs beste bestellt: mag Bryan oder Mc. Kinley durchdringen, für jeden Fall werden sie das Ergebnis als einen ihrer vielen Siege ausposaunen. Im übrigen sind seit dem kläglichen Ausgang der Brüsseler Konferenz von 1892 in der Union alle Parteien darüber einig, daß eine internationale Verständigung gar keine Aussichten hat; gerade die Silberdemokraten wollen nur eine „nationale“ Währung und vom

internationalen Bimetallismus nichts wissen; Mitte 1895 versuchten wohl einige Politiker den internationalen Bimetallismus als Lockmittel auszuspielen, aber nur deshalb, weil sie an die Möglichkeit einer internationalen Verständigung selbst nicht dachten, der darauf ausgestellte Wechsel also um so weniger verbindlich war.

Seit einem Jahrhundert versuchen die Vereinigten Staaten die Doppelwährung durchzuführen: gelungen ist es ihnen noch nie. Seit zwei Jahrzehnten arbeiten sie auf eine internationale Vereinbarung hin: heute rechnet dort niemand mehr mit einer solchen Möglichkeit. Seit dem Bürgerkrieg wurde die Geldmenge verdoppelt und verdreifacht: der Preisrückgang ist dadurch so wenig als in Europa aufgehalten, und nur der Masse der Wähler der gefährliche inflationistische Aberglaube eingepflegt worden. Das Gesamtergebnis der Silberpolitik ist eine Entzweiung und Verbitterung der Staaten und Klassen untereinander, die die Grundlagen des Bundesstaats in seiner politischen Zusammengehörigkeit und in seiner wirtschaftlichen Entwicklung erschüttert, vielleicht sogar ruiniert.

Sollte nicht dieses Ergebnis des ein Jahrhundert fortgesetzten Experimentes hinreichen, um andere Staaten, insbesondere das deutsche Reich vor der Nachahmung zu bewahren?





Von der Währungs-Bibliothek

(Verlag von Adolf Bonz & Co. in Stuttgart)

sind bis jetzt erschienen als

- Heft 1. Dr. Karl Helfferich (Neustadt a. d. S.): „Die Währungsfrage.“ 2. Aufl.
- Heft 2. F. Chorwart (Frankfurt a. M.): „Soll Deutschland seine Goldwährung aufgeben?“ 2. Aufl.
- Heft 3. Dr. Karl Helfferich: „Währung und Landwirtschaft.“
- Heft 4. Bergrat Dr. Klüpfel (Stuttgart): „Die Gold- und Silberproduktion und ihr Einfluß auf den Geldwert.“ 2. Aufl.
- Heft 5. Die Währungs-Debatte im englischen Unterhause vom 17. März 1896. —

Im Anschluß an obige Broschüren ist eine Reihe weiterer Abhandlungen über die Hauptpunkte der vielseitigen Währungsfrage in Vorbereitung, und zwar:

- Heft 7. Dr. Wermert (Halle): „Währung, internationale Geldbewegungen und Wechselkurse.“
- Heft 8. Dr. R. Molter (Ludwigshafen): „Währung und Exportindustrie.“
- Heft 9. Dr. M. Randt (Bielefeld): „Lexikon der Stichworte der Währungsfrage.“ —

Ferner sollen beispielsweise herausgegeben werden:

eine Anleitung zu einem Vortrag über die Währung (Disposition, statistische Thatsachen, Litteratur, endlich als Muster ein Vortrag selbst);

ausgewählte Schriften (z. B. der Autoritäten in der Währungsfrage, Schilderungen der Folgen früherer Geldwertschwankungen u. s. w.).

Vom „Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung“ wurde weiter herausgegeben:

Prof. Dr. Biermer, (Münster i. W.), „Leitfaden zur Beurteilung der Währungsfrage.“ Berlin 1896. C. Heymann's Verlag. Preis 1 Mark.

Beitrittserklärungen zu dem Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung, dessen Mitglieder obige Publikationen gratis erhalten, sind an Herrn Prof. Dr. S u b e r, Stuttgart, zu richten. (Mitgliedsbeitrag jährlich M 2—5.)